



V 6458 E

# STATISTISCHE MONATSHEFTE

SCHLESWIG - HOLSTEIN

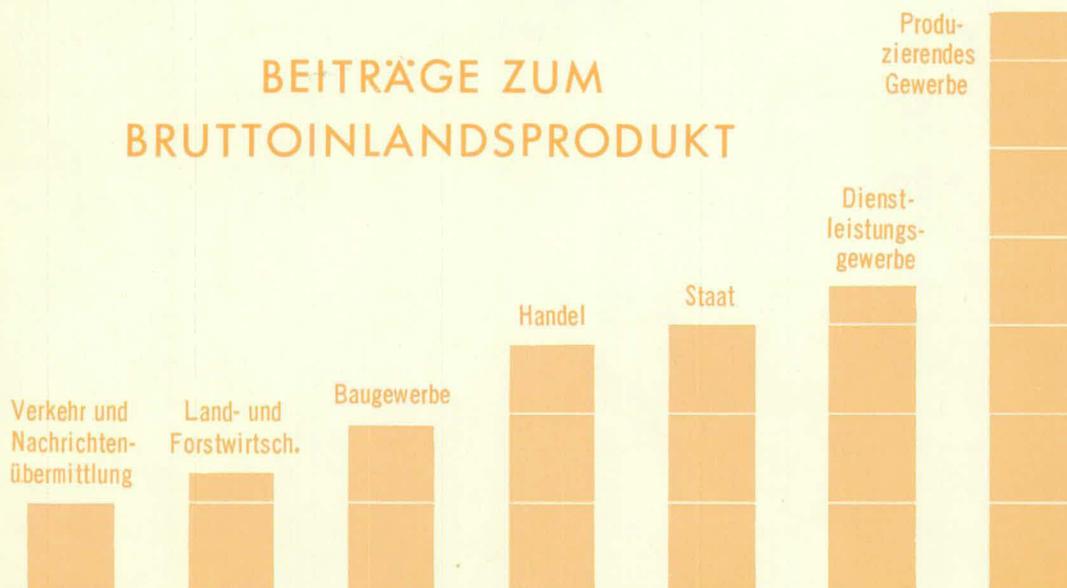
27. Jahrgang · Heft 9

September 1975

Aufsätze: Getreide- und Rapserten 1974 und 1975  
Sozialprodukt (Teil 2)  
Nord-Ostsee-Kanal 1974  
Spareinlagen  
Erkrankungen an Gelbsucht (3)

Statistisches Amt für Hamburg  
und Schleswig-Holstein  
Bibliothek  
Standort Kiel

## BEITRÄGE ZUM BRUTTOINLANDSPRODUKT

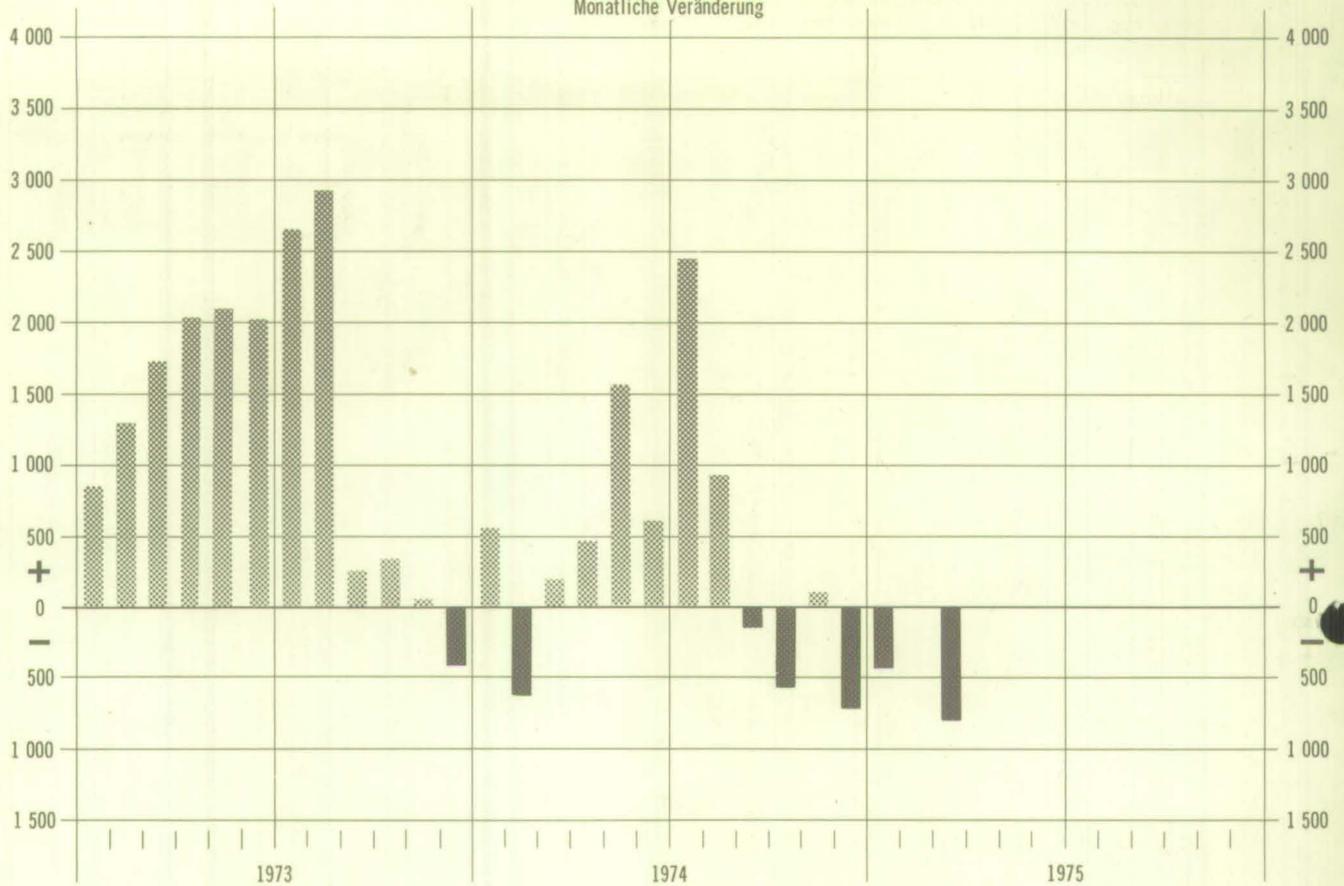


Herausgegeben vom

STATISTISCHEN LANDESAMT SCHLESWIG-HOLSTEIN

# BEVÖLKERUNGSENTWICKLUNG

Monatliche Veränderung



# VERUNGLÜCKTE IM STRASSENVERKEHR



INHALT 9/75

Seite

Aktuelle Auslese . . . . . 197

Aufsätze

Getreide- und Rapsernten 1974 und 1975 . . . 198

Entstehung, Verteilung und Verwendung  
des Sozialprodukts (Teil 2) . . . . . 201

Schiffs- und Güterverkehr auf dem  
Nord-Ostsee-Kanal im Jahr 1974 . . . . . 211

Die Entwicklung der Spareinlagen  
in Schleswig-Holstein seit 1973 . . . . . 215

Erkrankungen an Hepatitis infectiosa  
1962 bis 1974 . . . . . 218

Tabellenteil . . . . . Beilage

Wirtschaftskurven A (allgemein) . 3. Umschlagseite

Beachten Sie bitte die Inhaltsübersichten  
auf den übrigen Seiten dieser Einlage!

## Inhalt der letzten 5 Hefte nach Monaten

### Heft 4 / 1975

Eheschließungen und -lösungen  
Zur Statistik im Einzelhandel  
Sozialprodukt (Teil 1)

### Heft 5 / 1975

Geldwertsicherung mit statistischen Bezugsgrößen

### Heft 6 / 1975

Erwerbstätige und Beruf (Teil 1)  
Landtagswahl (Teil 1)  
Bilanzstruktur 1969  
Handwerk 1974  
Ausländer in der Industrie

### Heft 7 / 1975

Apotheken  
Landtagswahl (Teil 2)  
Studenten in einem 2. Studium  
Auszubildende Industrie  
Umweltschutz-Investitionen  
Aktuelles aus der Industrie

### Heft 8 / 1975

Landtagswahl (Teil 3)  
Erwerbstätige und Beruf (Teil 2)  
Milcherzeugung  
Landwirtschaft: Ausbildung und Buchführung



# STATISTISCHE MONATSHEFTE

SCHLESWIG - HOLSTEIN

27. Jahrgang · Heft 9

September 1975

## Aktuelle Auslese



### Neuer Rekord im Fremdenverkehr

Der diesjährige Sommer mit außergewöhnlich langer Sonneneinstrahlung sowie hohen Luft- und Wassertemperaturen hat den Strom der Urlauber nach Schleswig-Holstein gegenüber dem Vorjahr erheblich anschwellen lassen. Von April bis einschließlich Juli 1975 wurden in Beherbergungsbetrieben und Privatquartieren insgesamt 1,4 Mill. Gäste und 12,0 Mill. Übernachtungen gezählt. Das sind bei den Gästen 5 % und bei den Übernachtungen 7 % mehr als im gleichen Zeitraum des Vorjahres.

Im Monat Juli wurden allein 608 000 Gäste und 6,6 Mill. Übernachtungen registriert. Das sind ungefähr so viele Gäste und Übernachtungen wie in den drei Monaten April bis Juni zusammen. Den höchsten Zuwachs an Übernachtungen im Zeitraum von April bis Juli 1975 gegenüber 1974 verzeichneten die Erholungsorte mit 17 %. Dahinter folgen die Luftkurorte mit 14 %, die sonstigen Berichtsgemeinden mit 12 %, die Ostseebäder und die ab 1. 4. 1974 zusätzlich aufgenommenen Berichtsgemeinden mit je 11 %. Unter dem Durchschnitt liegt der Zuwachs in den Nordseebädern (+ 2 %), den Großstädten und den Heilbädern (jeweils + 1 %).



### Rückläufige Investitionen im Baugewerbe 1974

Die Unternehmen des schleswig-holsteinischen Baugewerbes (20 und mehr Beschäftigte) investierten im Jahre 1974 für 102 Mill. DM in Baugeräte, maschinelle Anlagen, Grundstücke und Gebäude. Der Rückgang der Investitionsneigung hat sich im Berichtsjahr deutlich beschleunigt: Während in den Jahren 1970 bis 1972 die Investitionen – wenn auch in sinkendem Maße – noch zugenommen hatten, war es bereits 1973 mit einem um 6 % geringeren Volumen zu einem ersten Einbruch bei den Investitionen im Baugewerbe gekommen. 1974 hat die pessimistische Einschätzung der Zukunftsaussichten die Bauunternehmer zu einer weiteren erheb-

lichen Herabsetzung der Investitionen um fast 30 % veranlaßt. Diese Entwicklung blieb nicht ohne Einfluß auf die Investitionsintensität. Sie war mit 2 197 DM je Beschäftigten um ein Fünftel niedriger als 1973.

### Investitionen im Baugewerbe Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten

Jahr	insgesamt		je Beschäftigten	
	1 000 DM	Veränderung gegenüber Vorjahr %	DM	Veränderung gegenüber Vorjahr %
1970	138 917	+ 8,0	2 562	+ 7,4
1971	149 264	+ 7,4	2 736	+ 6,8
1972	155 486	+ 4,2	2 829	+ 3,4
1973	145 553	- 6,4	2 784	- 1,6
1974	102 113	- 29,8	2 197	- 21,1



### Leichte Verbesserung der Beschäftigungslage im Handwerk

Die Zahl der im Handwerk tätigen Personen war am Ende des 2. Vierteljahres 1975 in Schleswig-Holstein zwar noch um 3,6 % niedriger als zum entsprechenden Vorjahresstand; im Vergleich zum vorhergehenden Vierteljahr hat sich jedoch die Beschäftigtenzahl um gut 2 % erhöht. Damit hat sich die Beschäftigungslage im Handwerk etwas verbessert; denn im 1. Vierteljahr 1975 war die Beschäftigtenzahl gegenüber Jahresende 1974 um 4 % und gegenüber dem 1. Vierteljahr 1974 sogar um 6 % rückläufig gewesen.

Die Umsätze im schleswig-holsteinischen Handwerk übertrafen im 2. Vierteljahr 1975 das entsprechende Vorjahresergebnis um knapp 6 %. Im Vergleich zum 1. Vierteljahr 1975 ergab sich eine – z. T. saisonbedingte – Umsatzsteigerung von 22 %. Sie ist vor allem durch das Baugewerbe bestimmt, das seinen Umsatz im entsprechenden Zeitraum um knapp 27 % steigern konnte.

# Getreide- und Rapserten 1974 und 1975

- Rückblick und Vorausschau -

## Anbau und Ernte 1974

Die Bestellungsarbeiten im Herbst 1973 waren anfangs durch Trockenheit und später durch starke Niederschläge erschwert. Trotzdem konnten die Wintergetreidearten annähernd im vorgesehenen Umfang ausgesät werden. Die Monate Januar bis April 1974 fielen überdurchschnittlich warm aus. Reichliche Niederschläge fielen nur noch im Januar.

Die Auswinterungsschäden waren gering. Nach den Meldungen der Berichterstatter wurden weniger als 1/2 Prozent des ausgesäten Wintergetreides und Winterrapses umgebrochen.

Bereits im April 1974 kam es auf verschiedenen Standorten der Geest zu Wassermangel, wobei besonders Sommergetreide betroffen wurde. Kalte und trockene Witterung im Mai brachte die Vegetation allgemein ins Stocken. Ab Juni gab es wieder so viel Niederschläge, daß sich die Kulturen befriedigend weiterentwickeln konnten.

Bei überwiegend kühler, jedoch nicht zu nasser Witterung konnte die Getreide- und Rapserte mit geringen Verlusten eingebracht werden. Bemerkenswert war die vergleichsweise lange Gelbreifeperiode beim Getreide.

Die Getreideanbaufläche 1974 war gegenüber dem Vorjahr leicht eingeschränkt worden (- 1,4%). Mit 420 000 ha insgesamt wurde der mehrjährige Durchschnittswert etwa erreicht. Gegenüber 1973 waren lediglich die Anbauflächen von Winterweizen um 4% und von Wintergerste um 5% ausgedehnt, alle anderen Getreidearten jedoch im Anbau eingeschränkt worden, am stärksten die Sommergerste (- 11%).

Eine nochmalige Anbauausweitung führte zu einer bisher unerreichten Anbaufläche von

über 60 000 ha Raps, und zwar fast ausschließlich Winterraps.

Wie die nachstehende Übersicht zeigt, nahm das Getreide 1974 im Landesdurchschnitt bereits zwei Drittel der Ackerfläche ein, in der Marsch sogar drei Viertel. Raps war am stärksten im Hügelland verbreitet, es nahm dort 15% des Ackerlandes ein, im Landesdurchschnitt 9%.

Trotz der Trockenheit im Frühjahr 1974 und stellenweise recht niedriger Hektarerträge auf Standorten der Geest mit Böden von sehr geringer wasserhaltender Kraft fielen die Getreideerträge im Landesdurchschnitt hoch aus. Insbesondere die Getreidearten, die überwiegend auf den ertragreicheren Standorten Marsch und Hügelland angebaut wurden, brachten Rekorderträge. Winterweizen mit 55,1 dt/ha, Wintergerste mit 53,6 dt/ha und Hafer mit 45,3 dt/ha übertrafen ihre bisherigen Höchsterträge um 4 bis 6 dt/ha. Winterroggen übertraf mit 35,4 dt/ha den bisherigen Höchstertrag von 1972 nur um rund 1 dt/ha und Sommergerste blieb mit 36,4 dt/ha unter dem bisherigen Höchstertrag des Jahres 1972. Dabei ist zu beachten, daß Roggen und Sommergerste überwiegend auf geringwertigeren Böden angebaut werden, und auf den guten Standorten nehmen diese Getreidearten zumeist eine ungünstigere Stellung innerhalb der Fruchtfolge ein als beispielsweise Weizen.

Sehr gute Erträge wurden 1974 auch beim Raps erzielt. Mit fast 30,9 dt/ha wurde der bisherige Rekordertrag von 29,2 dt/ha im Jahre 1968 noch um fast 6% übertroffen. Dieser hohe Ertrag war von den amtlichen Berichterstattern, insbesondere unter dem Eindruck der schlechten Erträge von 1973 (19,5 dt/ha) noch Ende Juli nicht erwartet worden.

Die Verbreitung des Getreide- und Rapsanbaus 1974

Naturraum	Getreide			Raps und Rübsen		
	Anbaufläche in ha	das sind ... % der Ackerfläche	landw. genutzten Fläche	Anbaufläche in ha	das sind ... % der Ackerfläche	landw. genutzten Fläche
Marsch	46 939	73	28	7 015	11	4
Hohe Geest	86 574	66	27	2 462	2	0,8
Vorgeest	59 491	61	32	560	0,6	0,3
Hügelland	227 256	66	49	50 109	15	11
Schleswig-Holstein insgesamt	420 260	66	37	60 146	9	5

## Anbau und Ernteaussichten 1975

Die Herbst- und Frühjahrsbestellungsarbeiten für die Ernte 1975 begannen mit erheblichen Schwierigkeiten. Während die Monate September und Oktober 1974 vergleichsweise sehr kalt, die folgenden Monate November 1974 bis März 1975 überdurchschnittlich warm ausfielen, gab es durchgehend von September 1974 bis Januar 1975 überdurchschnittlich viel Niederschläge. Die Böden in der Marsch und im Hügelland verschlammten teilweise stark, und die Bestellung des Wintergetreides war durch die Nässe sehr erschwert. Während die Wintergerstenaussaat bis etwa Mitte Oktober noch in vorgesehenem Umfang durchgeführt werden konnte, wurde die Winterweizenaussaat nicht in dem gewünschten Ausmaß realisiert. Nach Rüben und Silomais konnte nur vereinzelt noch Winterweizen bestellt werden.

Beim Winterraps kam es bereits im September 1974 zu Schäden durch den Rapserrdflö. Nur bei rechtzeitiger Bekämpfung konnten hier größere Schäden vermieden werden.

Auch die Sommergetreidebestellung litt noch im März und April unter der Nässe. Viele Böden waren zu Beginn der Vegetation stark verschlammten.

Im Mai wie im Juni 1975 war die Witterung ebenfalls noch recht kühl, und während die durchschnittliche Niederschlagsmenge im Mai bereits um 11% verfehlt wurde, setzte im Juni extreme Trockenheit ein. Mit 15,7 mm Regen wurde der langjährige Durchschnittswert von 57,3 mm um 73% unterschritten. Bereits im Mai sank der Wassergehalt auf sandigen Standorten auch im Untergrund unter 50% der für die Pflanzen nutzbaren Kapazität. Trotzdem

entwickelten sich die Getreidebestände überwiegend recht gut, und erst im Juni kam es insbesondere bei Sommergetreide verbreitet zu Wachstumstockungen. Die Wasservorräte - auch des Untergrundes - sanken auf der Geest auf Null.

Im Juli fielen bei wechselnden, im Ganzen aber überdurchschnittlichen Temperaturen regional sehr unterschiedliche Niederschlagsmengen, die zwischen 30 und 127 mm schwankten (30 bis über 100% des langjährigen Mittelwertes). Das Monatsmittel der Lufttemperatur überschritt trotz einer kühleren Periode um Monatsmitte an den meisten Orten den langjährigen Durchschnittswert. Ende Juli setzte sehr heißes Wetter ein, das auch noch in der ersten Augushälfte anhielt, so daß die Getreideernte bis Mitte August fast abgeschlossen werden konnte. Am 18.8. waren nach den Meldungen der Landwirtschaftsschulen bereits 90% des Getreides geerntet (Vorjahr 35%).

Der Getreideanbau wurde 1975 nach den vorläufigen Ergebnissen der Bodennutzungserhebung leicht ausgedehnt. Infolge der erwähnten Bestellungsschwierigkeiten im Herbst 1974 übertraf von den Wintergetreidearten lediglich Wintergerste den vorjährigen Anbau, während die Winterweizenfläche um 6% und die Winterroggenfläche um 11% kleiner blieben als 1974.

Fast verdoppelt wurde dagegen die Sommerweizenanbaufläche, der Haferanbau wurde um 16% und der Sommergerstenanbau noch um 3% ausgedehnt.

Im Rapsanbau wurde 1975 bereits bei der Aussaat starke Zurückhaltung geübt. Grund war eine gewisse Unsicherheit über die zu

Der Getreide- und Rapsanbau

Fruchtart	D 1969 bis 1974	1973	1974	1975 <sup>1</sup>	Veränderung 1975 gegenüber 1974 in %
	Anbaufläche in 1 000 ha				
Winterweizen	89,5	95,2	99,0	92,6	- 6
Sommerweizen	14,4	11,6	10,1	19,6	+ 94
Winterroggen	80,5	85,8	81,7	72,9	- 11
Sommerroggen	3,6	3,7	3,6	3,2	- 13
Brotgetreidearten zusammen	188,0	196,3	194,4	188,2	- 3
Wintergerste	65,3	72,0	75,6	77,9	+ 3
Sommergerste	49,8	51,9	46,2	47,7	+ 3
Hafer	102,6	96,3	95,9	111,0	+ 16
Sommernenggetreide	17,0	9,5	8,2	6,9	- 15
Futtergetreidearten zusammen	234,6	229,8	225,9	243,4	+ 8
Getreide insgesamt (ohne Körnermais)	422,5	426,1	420,3	431,7	+ 3
Winterraps	51,4	57,4	59,6	42,9	- 28
Sommerraps und Rübsen	1,8	1,0	0,5	0,9	(+ 81)
Raps und Rübsen zusammen	53,1	58,4	60,1	43,9	- 27

1) vorläufiges Ergebnis

erwartenden Erträge der erucasäurearmen Sorten, auf die 1975 fast ohne Ausnahme umgestellt wurde, sein. Die Erntefläche des Raps verminderte sich durch den Umbruch der durch den Rapsdflorh und die Witterung zu stark geschädigten Felder - insgesamt fast 9 000 ha - nochmals beträchtlich auf nur knapp 43 000 ha Winterraps und 900 ha Sommerraps und Rüben (vorläufige Ergebnisse). Die folgende Zusammenstellung der Jahre mit stärkeren Auswinterungsschäden zeigt, daß im Winterrapsanbau häufig größere Flächen wegen Frost-, Nässe- oder anderer Schäden umgebrochen werden mußten. In 4 der vergangenen 15 Jahre wurden mehr als 10% der Aussaatfläche umgepflügt. Die höchste Quote wurde im Frühjahr 1969 mit 17,7% erreicht.

Auswinterungsschäden bei Getreide und Raps  
Winter seit 1961 mit mehr als 5 % Auswinterungsschäden

Frühjahr	Fruchtart	Umgebrochene Fläche in % der Aussaatfläche
1961	Winterweizen	5,5
1962	Winterweizen	5,2
	Winterraps	8,2
1963	Wintergerste	9,2
	Winterraps	14,7
1964	Winterraps	14,9
1969	Winterraps	17,7
1970	Wintergerste	11,5
1972	Wintergerste	19,9
1975	Winterraps	17,3

In Anbetracht der sehr guten Hektarerträge des Vorjahres einerseits und des verbreitet schlechten Bodenzustandes sowie der Trockenheit dieses Sommers andererseits erwarteten die Berichterstatter Ende Juni bei Weizen und Roggen annähernd durchschnittliche,

bei Wintergerste überdurchschnittliche, bei Sommergerste, Hafer, Sommermenggetreide und Winterraps nur unterdurchschnittliche Hektarerträge. Die zweite Vorschätzung der Berichterstatter von Ende Juli brachte nur für Wintergerste und Winterraps etwas günstigere Ergebnisse als nach der ersten Vorschätzung. Die Ergebnisse für Weizen und Roggen änderten sich nur wenig; für Sommergerste, Hafer und Sommermenggetreide wurden sogar merklich niedrigere Erträge geschätzt als Ende Juni.

Infolge der weit fortgeschrittenen Erntearbeiten konnten bis zum 20. August 640 der insgesamt vorgesehenen 920 Probeschnitte auf repräsentativ ausgewählten Getreidefeldern ausgewertet werden. Die Ergebnisse lassen im Zusammenhang mit den zweiten Vorschätzungen der Berichterstatter von Ende Juli bereits recht zuverlässige Angaben über die endgültige Getreideernte zu.

Aufgrund dieser Auswertungen und den vorläufigen Ergebnissen der Bodennutzungserhebung errechnete der Sachverständigenausschuß für die Besondere Erntermittlung eine (vorläufige) Getreideernte von rund 1,83 Mill. t in Schleswig-Holstein. Davon werden knapp 830 000 t auf Brotgetreide und 1 Mill. t auf Futtergetreide entfallen. Von den einzelnen Getreidearten haben Winterweizen und Wintergerste die vorjährigen Hektarerträge voll bzw. annähernd erreicht. Die übrigen Getreidearten blieben mit ihren Erträgen um mehr als 10% unter den Vorjahreswerten.

Es muß hierzu bemerkt werden, daß die endgültigen Ergebnisse noch von den hier zugrunde gelegten vorläufigen Zahlen abweichen können, da, wie bereits erwähnt, erst rund 70% aller Probeschnitte ausgewertet werden konnten.

Die vorläufigen Getreide- und Ölfruchternten

Getreideart	Ernte			Veränderung Ernteerwartung 1975 gegenüber Ernte	
	D 1969 bis 1974	1974	vorussichtlich 1975	1974	D 1969 bis 1974
	in 1 000 t			%	
Weizen	480	591	598	+ 1	+ 24
Roggen	266	299	230	- 23	- 13
Brotgetreidearten zusammen	746	891	828	- 7	+ 11
Wintergerste	290	405	405	- 0,2	+ 39
Sommergerste	165	168	151	- 10	- 9
Hafer	391	435	426	- 2	+ 9
Sommermenggetreide	53	30	18	- 39	- 66
Futtergetreidearten zusammen	899	1 038	1 000	- 4	+ 11
Getreide insgesamt (ohne Körnermais)	1 646	1 929	1 828	- 5	+ 11
Raps und Rüben zusammen	127	185	93	- 50	- 27

Weiterhin ist anzumerken, daß - mehr als im Vorjahr - die Erträge außerordentlich stark von Region zu Region und von Betrieb zu Betrieb schwankten. So wurden bei Hafer Erträge von weniger als 10 dt/ha, aber auch von mehr als 60 dt/ha gemessen.

Vergleicht man die Erträge der einzelnen Getreidearten mit dem Durchschnittsertrag der vorhergehenden sechs Jahre, so fielen die Erträge bei Weizen und Wintergerste überdurchschnittlich, bei Hafer etwa durchschnittlich, bei Roggen, Sommergerste und Sommergetreide jedoch nur unterdurchschnittlich aus.

Auch die Raps-erträge erreichten nicht den mehrjährigen Durchschnittsertrag, und blieben damit weit unter den Rekordergebnissen des Vorjahres.

Mit einer um 27% kleineren Erntefläche errechnet sich eine Gesamternte von nur 93 000 t Raps und Rübsen, das ist rund die Hälfte der Vorjahresmenge.

*Dr. Matthias Sievers*

Nähere Angaben siehe Stat. Berichte C II 1

## Entstehung, Verteilung und Verwendung des Sozialprodukts

### Teil 2: Verteilungs- und Verwendungsrechnung

Nachdem in einem ersten Teil an dieser Stelle allgemeine Ausführungen zur Methodik der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen und die Darstellung der Entstehungsrechnung gebracht wurden, sollen in diesem zweiten Teil die Verteilungs- und Verwendungsrechnung mit ihren einzelnen Ergebnissen beschrieben werden. Wie bereits erwähnt, kann damit erstmals ein geschlossenes System der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für die Bundesländer vorgestellt werden.

#### Die Verteilungsrechnung

Das in der Entstehungsrechnung aus den Beiträgen der einzelnen Wirtschaftsbereiche ermittelte Nettoinlandsprodukt zu Faktorkosten ergibt sich auch durch eine andere Berechnungsweise, und zwar aus der Summe der im Inland entstandenen Erwerbs- und Vermögenseinkommen, den Löhnen und Gehältern, Mieten, Pachten, Zinsen und Gewinnen, die in ihrer Summe auch als Wertschöpfung bezeichnet werden. Mit anderen Worten gibt diese Berechnungsweise an, wie sich die Wertschöpfung in der Volkswirtschaft nach dem Inlandskonzept auf Einkommen aus unselbständiger Arbeit und auf Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen verteilt.

Will man darüber hinaus die Wertschöpfung der Inländer berechnen und vom Nettoinlands-

produkt zu Faktorkosten zum Nettosozialprodukt zu Faktorkosten (= Volkseinkommen) kommen, dann ist der Saldo der Erwerbs- und Vermögenseinkommen von und nach dem "Ausland", zu dem bei der Berechnung für Schleswig-Holstein auch die anderen Bundesländer zählen, zu berücksichtigen. Das Volkseinkommen gliedert sich dann ebenfalls in Einkommen aus unselbständiger Arbeit und Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen, bezieht sich hier aber auf die den Inländern letztlich zugeflossenen Werte.

Für die Einkommen aus unselbständiger Arbeit errechnet sich der Übergang vom Inlandsprodukt zum Inländerprodukt im einzelnen wie folgt:

- in Schleswig-Holstein entstandene Einkommen aus unselbständiger Arbeit (Inlandskonzept)
- + von Schleswig-Holsteinern außerhalb des Landes erworbene Einkommen aus unselbständiger Arbeit (Auspendlereinkommen)
- von Nicht-Schleswig-Holsteinern in Schleswig-Holstein erworbene Einkommen aus unselbständiger Arbeit (Einpendlereinkommen)
- = den Schleswig-Holsteinern zugeflossene Einkommen aus unselbständiger Arbeit (Inländerkonzept).

Zu den Schleswig-Holsteinern zählen hier alle Personen, die nach den Grundsätzen der Bevölkerungsfortschreibung zur Wohnbevölkerung Schleswig-Holsteins gehören, also auch die ausländischen Arbeitskräfte.

Theoretisch müßte beim Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen in gleicher

Weise vorgegangen werden, aber wegen fehlender geeigneter Statistiken kann hier nur der Saldo zwischen den in Schleswig-Holstein entstandenen und den den schleswig-holsteinischen Einwohnern und Unternehmen mit eigener Rechtspersönlichkeit zugeflossenen Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen ermittelt werden.

Die Masse der Einkommen aus unselbständiger Arbeit und aus Unternehmertätigkeit und Vermögen (= Faktoreinkommen) sammelt sich bei den privaten Haushalten. Im Unternehmenssektor verbleiben die unverteilter Gewinne der Unternehmen mit eigener Rechtspersönlichkeit und im Sektor Staat die vom Unternehmenssektor an öffentliche Haushalte abgeführten Gewinnanteile. Dabei muß der Nachweis darüber bei den letztgenannten Größen vorerst unterbleiben, da mangels ausreichenden statistischen Ausgangsmaterials eine zuverlässige Berechnung für Bundesländer zur Zeit noch auf große Schwierigkeiten stößt.

Die oben erläuterte Primärverteilung der Faktoreinkommen auf die drei Sektoren wird durch direkte Steuern und Transferzahlungen verändert. Dabei versteht man unter Transferzahlungen laufende Übertragungen, denen keine direkte ökonomische Gegenleistung gegenübersteht, zum Beispiel Sozialversicherungsbeiträge und Pensionszahlungen. Das Ergebnis dieser Umverteilungsrechnung stellt das verfügbare Einkommen der inländischen Sektoren dar - private Haushalte, Unternehmen mit eigener Rechtspersönlichkeit, Staat -, das für den letzten Verbrauch und die Ersparnis in diesen 3 Sektoren zur Verfügung steht.

Zur Berechnung des verfügbaren Einkommens der privaten Haushalte gehen von deren Faktoreinkommen, die sich aus den Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit und den Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen abzüglich Zinsen auf Konsumentenschulden zusammensetzen, insbesondere die Lohn- und Einkommensteuern der Haushalte ab. Darüber hinaus sind an den Staat beispielsweise Sozialversicherungsbeiträge und Verwaltungsgebühren zu zahlen. Demgegenüber erhalten die privaten Haushalte auch Transferzahlungen vom Staat, und zwar vor allem Renten, Pensionen und Sozialleistungen.

63% des Volkseinkommens sind Einkommen aus unselbständiger Arbeit

Der Anteil der Einkommen aus unselbständiger Arbeit am Volkseinkommen beträgt nach den Berechnungen für 1970 in Schleswig-Holstein 63% und im gesamten Bundesgebiet 67%. Das bedeutet, daß in Schleswig-Holstein relativ mehr Einkommen aus Unternehmertätigkeit

und Vermögen erzielt werden als im Bundesgebiet. Auf den ersten Blick mag das eine überraschende Feststellung sein, aber bei näherer Untersuchung gibt es dafür Erklärungen. Für diese nähere Untersuchung muß auf die Wertschöpfung nach dem Inlandskonzept, also auf das Nettoinlandsprodukt zu Faktorkosten zurückgegriffen werden, weil nur dieses und nicht das Nettozialprodukt zu Faktorkosten (= Volkseinkommen) nach Wirtschaftsbereichen aufgegliedert werden kann. An der obigen Aussage ändert sich durch diese Betrachtungsweise aber kaum etwas, denn der Anteil der Einkommen aus unselbständiger Arbeit am Nettoinlandsprodukt zu Faktorkosten beträgt in Schleswig-Holstein ebenfalls 63% und im Bundesgebiet 66%.

Der unter dem Bundesdurchschnitt liegende Anteil der Einkommen aus unselbständiger Arbeit und der damit überdurchschnittliche Anteil der Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen ist auf die Verhältnisse in den Wirtschaftsbereichen warenproduzierendes Gewerbe sowie Handel und Verkehr zurückzuführen. Im warenproduzierenden Gewerbe erreichten die Einkommen aus unselbständiger Arbeit 1970 einen Anteil von 68% gegenüber 70% im gesamten Bundesgebiet, und im Handel und Verkehr stehen 53% in Schleswig-Holstein sogar 61% im Bundesgebiet gegenüber. Der überdurchschnittlich hohe Anteil der Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen im warenproduzierenden Gewerbe Schleswig-Holsteins ist sicherlich ganz wesentlich auf die relativ große Bedeutung des Handwerks in unserem Lande zurückzuführen. Immerhin ist das Gewicht des Handwerks - gemessen an seinem Beitrag zum Bruttoinlandsprodukt 1970 - in Schleswig-Holstein um 8 Prozentpunkte höher als im gesamten Bundesgebiet. Und im Handwerk spielt die Unternehmerleistung aus dem Gesichtspunkt der Wertschöpfung heraus zweifellos eine relativ größere Rolle als in der Industrie, was sich dann auch in relativ hohen Anteilen der Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen an der Wertschöpfung des Handwerks niederschlägt.

Auch im Wirtschaftsbereich Handel und Verkehr schlagen sich die Unterschiede in der Betriebsstruktur Schleswig-Holsteins im Vergleich mit dem Bundesdurchschnitt in den Anteilswerten der Einkommen aus unselbständiger Arbeit nieder. Besonders im Einzelhandel sind die kleineren Betriebe in Schleswig-Holstein relativ stark, die großen Warenhäuser dagegen relativ seltener vertreten, wobei den Einkommen aus unselbständiger Arbeit in den Warenhäusern mit ihren vielen Arbeitnehmern von der Raumpflegerin bis zum Geschäftsführer ein wesent-

Beiträge der Wirtschaftsbereiche zur Wertschöpfung 1970 in Schleswig-Holstein und im Bundesgebiet

Mill. DM

Wirtschaftsbereich	Schleswig-Holstein			Bundesgebiet		
	Beitrag insgesamt	darunter		Beitrag insgesamt	darunter	
Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit		Anteil %	Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit		Anteil %	
Land- und Forstwirtschaft, Tierhaltung und Fischerei	1 514	360	23,8	18 700	3 520	18,8
Warenproduzierendes Gewerbe	7 237	4 891	67,6	279 290	195 810	70,1
Handel und Verkehr	3 430	1 14	52,9	94 440	57 170	60,5
Dienstleistungsunternehmen	2 581	16	36,7	75 440	25 960	34,4
Unternehmen (bereinigt)	14 537	8 011	55,1	460 870	282 460	61,3
Staat, private Haushalte und Organisationen ohne Erwerbscharakter	3 090	3 090	100	69 680	69 680	100
Alle Wirtschaftsbereiche	17 627	11 102	63,0	530 550	352 140	66,4

lich größeres Gewicht zukommt als in den kleineren Betrieben, in denen sogar zum Teil nur Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen erzielt werden, nämlich dann, wenn der Betriebsinhaber keine Arbeitnehmer beschäftigt.

Umgekehrt sind die Verhältnisse beim Vergleich Schleswig-Holsteins mit dem gesamten Bundesgebiet in den Wirtschaftsbereichen Land- und Forstwirtschaft, Tierhaltung und Fischerei sowie bei den Dienstleistungsunternehmen. In der schleswig-holsteinischen Landwirtschaft usw. sind 24% der Wertschöpfung Einkommen aus unselbständiger Arbeit, während im gesamten Bundesgebiet nur 19% auf diese Einkommensart entfallen. Dies läßt sich auch mit der unterschiedlichen Betriebsgrößenstruktur erklären: in Schleswig-Holstein sind die größeren Betriebe zahlreicher, und nur in großen Betrieben können landwirtschaftliche Fachkräfte und andere familienfremde Arbeitskräfte eingesetzt werden, wodurch Einkommen aus unselbständiger Arbeit in verstärktem Maße entstehen.

Bei den Dienstleistungsunternehmen steht einer Lohnquote von 37% in Schleswig-Holstein eine von 34% im gesamten Bundesgebiet gegenüber. Bemerkenswert ist hier der sehr hohe Anteil der Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen an der Wertschöpfung mit 63% und 66%. Hierbei ist allerdings zu berücksichtigen, daß die Wertschöpfung des Unterbereichs Wohnungsvermietung in voller Höhe als Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen gerechnet wird, was die Lohnquote der Dienstleistungsunternehmen maßgeblich beeinflußt. Außerdem sind in den sonstigen Dienstleistungen freiberufliche Unternehmer wie Ärzte, Zahnärzte, Apotheker und Rechtsanwälte vertreten, deren Wertschöpfung besonders stark von den Einkommen aus

Unternehmertätigkeit und Vermögen geprägt wird.

Bei den besprochenen vier Wirtschaftsbereichen und damit bei den Unternehmen insgesamt verteilt sich in Schleswig-Holstein die Wertschöpfung zu 55% auf die Einkommen aus unselbständiger Arbeit und zu 45% auf die Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen. Zu dieser Wertschöpfung der Unternehmen kommt noch die Wertschöpfung des Wirtschaftsbereichs Staat, private Haushalte und Organisationen ohne Erwerbscharakter, die zu 100% aus Einkommen aus unselbständiger Arbeit besteht und den Anteil der Einkommen aus unselbständiger Arbeit an der Wertschöpfung insgesamt in Schleswig-Holstein auf 63% schraubt.

Einkommen aus unselbständiger Arbeit stiegen wesentlich stärker als Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen

Nach den Berechnungen für 1970 beträgt das Volkseinkommen in Schleswig-Holstein 19,5 Mrd. DM und ist damit um 1,9 Mrd. DM oder 11% höher als das Nettoinlandsprodukt zu Faktorkosten. Das bedeutet, daß der Saldo der Erwerbs- und Vermögenseinkommen zwischen den Schleswig-Holsteinern und der übrigen Welt positiv ist. Und zwar ist er für beide Einkommensarten positiv und beträgt bei den Einkommen aus unselbständiger Arbeit 1,1 Mrd. DM und bei den Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen 0,8 Mrd. DM. Diese Feststellung trifft für den ganzen Berechnungszeitraum von 1960 bis 1970 zu. Also hat es in Schleswig-Holstein seit 1960 immer einen Auspendlersaldo mit höheren Auspendlereinkommen als Einpendler-

Entwicklung des Volkseinkommens in Schleswig-Holstein  
von 1960 bis 1970

	1960	1970	Zu- wachs- rate in %	D jährl. Verände- rung in %
	Mill. DM			
Volkseinkommen insgesamt	8 644	19 478	125,3	8,5
Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen insgesamt	3 594	7 302	103,2	7,3
darunter Private Haushalte	3 135	6 642	111,9	7,8
Einkommen aus unselbständiger Arbeit	5 049	12 176	141,2	9,2
Erwerbs- und Vermögenseinkommen der Privaten Haushalte	8 184	18 818	129,9	8,7

einkommen und jeweils einen positiven Saldo zwischen den in Schleswig-Holstein entstandenen und den den Schleswig-Holsteinern zugeflossenen Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen gegeben.

Das Volkseinkommen hat sich in Schleswig-Holstein seit 1960 innerhalb von 10 Jahren mehr als verdoppelt. Im Bundesgebiet ist die Entwicklung auf die lange Sicht genau gleich gewesen, denn sowohl in Schleswig-Holstein als auch im gesamten Bundesgebiet beträgt die Zuwachsrate 125%. Das entspricht einer durchschnittlichen jährlichen Veränderungsrate von 8,5% in Schleswig-Holstein und 8,4% im Bundesgebiet. Dabei haben sich im Zeitablauf die Einkommen aus unselbständiger Arbeit wesentlich stärker erhöht als die Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen, und zwar stiegen die Einkommen aus unselbständiger Arbeit um insgesamt 141% (durchschnittlich jährlich um 9,2%), während sich die Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen nur um insgesamt 103% (7,3%) erhöhten. Noch weiter auseinander lief die Entwicklung dieser beiden Einkommensarten im Bundesgebiet, wo die entsprechenden Zuwachsraten bei den Einkommen aus unselbständiger Arbeit 147% und 9,5% und bei den Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen 90% und 6,6% betragen.

Wie bereits erwähnt, fließen die Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen mit geringen Ausnahmen (unverteilte Gewinne der Kapitalgesellschaften und Einkommen des Staates aus Unternehmertätigkeit und Vermögen abzüglich Zinsen auf Staatsschulden) den privaten Haushalten (einschließlich der privaten Organisationen ohne Erwerbscharakter) zu. Da andererseits die Einkommen aus unselbständiger Arbeit den privaten Haushalten voll zuzurechnen sind, ergeben die Erwerbs- und Vermögenseinkommen der privaten Haushalte 97% des Volkseinkommens. Im gesamten Bundesgebiet ist dieser Anteil mit 95% etwas geringer. In dem betrachteten Zeitraum von 1960 bis 1970 haben sich die Erwerbs- und Vermögenseinkommen der privaten Haushalte

in Schleswig-Holstein um 130% und durchschnittlich jährlich 8,7% erhöht gegenüber entsprechenden 133% und 8,8% im Bundesgebiet.

Schleswig-Holstein nimmt Mittelplatz beim Ländervergleich der Volkseinkommen je Erwerbstätigen ein

Will man einen Ländervergleich über das Volkseinkommen anstellen, dann gilt es, für die Relativierung der Ergebnisse die geeignete Bezugsgröße zu finden. Da das Volkseinkommen identisch ist mit dem Gesamtwert der innerhalb der Volkswirtschaft im Laufe eines Jahres hervorgebrachten Güter und Dienstleistungen und es damit also nur im Produktionsprozeß entstehen kann, können für einen methodisch uneingeschränkten Ländervergleich nur die Erwerbstätigen als Bezugsgröße herangezogen werden.

Danach ergibt sich für Schleswig-Holstein ein Volkseinkommen je Erwerbstätigen von 19 590 DM nach den Berechnungen für 1970 gegenüber 19 844 DM im gesamten Bundesgebiet. Der Wert liegt also in Schleswig-Holstein nur geringfügig unter dem Bundesdurchschnitt; setzt man den Bundesdurchschnitt gleich 100, dann ergibt sich für Schleswig-Holstein eine Meßziffer von 99. Im Berechnungszeitraum von 1960 bis 1970 schwankte diese Meßziffer zwischen 98 und 101. 1960 betrug das Volkseinkommen je Erwerbstätigen in Schleswig-Holstein 9 026 DM gegenüber 8 980 DM im gesamten Bundesgebiet. Bis 1970 hat sich dieser Wert also mehr als verdoppelt, die genaue Zuwachsrate von 117% in Schleswig-Holstein liegt nur geringfügig unter der bundesdurchschnittlichen Rate von 121%.

Im Ländervergleich nimmt Schleswig-Holstein 1970 genau den Mittelplatz unter den elf

Volkseinkommen je Erwerbstätigen 1970  
in den Bundesländern

Land	Volkseinkommen je Erwerbstätigen in DM	Durchschnittliche jährliche Veränderung 1960 bis 1970 in %	Bundesdurchschnitt = 100
Hamburg	25 136	8,0	126,7
Bremen	22 396	7,6	112,9
Nordrhein-Westfalen	21 666	8,2	109,2
Hessen	20 206	8,4	101,8
Baden-Württemberg	19 985	8,6	100,7
Schleswig-Holstein	19 590	8,1	98,7
Berlin (West)	19 518	7,9	98,4
Rheinland-Pfalz	18 607	9,2	93,8
Niedersachsen	18 213	8,2	91,8
Saarland	18 200	7,6	91,7
Bayern	17 505	8,3	88,2
Bundesgebiet	19 844	8,3	100

Bundesländern ein. Erheblich, um ein bis zwei Zehntel über dem Bundesdurchschnitt liegen nur die Hansestädte Hamburg und Bremen sowie Nordrhein-Westfalen. Die dahinter folgenden vier Bundesländer Hessen, Baden-Württemberg, Schleswig-Holstein und Berlin liegen mit ihren Meßziffern zwischen 102 und 98, also um den Bundesdurchschnitt herum, während die übrigen vier Bundesländer mit etwa einem Zehntel doch erheblich unter dem Bundeswert bleiben. Bayern kommt als letztes Bundesland nur auf eine Meßziffer von 88.

Werden als Bezugsgröße für das Volkseinkommen die Einwohner verwendet, dann muß berücksichtigt werden, daß der Ländervergleich durch Unterschiede im Altersaufbau der Wohnbevölkerung und im Grad ihrer Erwerbstätigkeit eingeschränkt ist. Für Schleswig-Holstein muß sich ein Ländervergleich über das Volkseinkommen je Einwohner schon allein deshalb nachteilig auswirken, weil die Erwerbsquote nach der Volkszählung 1970 mit 41,4% gegenüber 43,7% im gesamten Bundesgebiet immerhin um 2,3 Punkte unter dem Durchschnitt liegt. Wenn man außerdem bedenkt, daß im Volkseinkommen Transferzahlungen wie Renten, Pensionen und Fürsorgezahlungen nicht enthalten sind und diese vornehmlich an die nicht mehr im Erwerbsleben stehende Bevölkerung fließen, dann ist für einen derartigen Vergleich auch der Anteil der Personen von Bedeutung, die mindestens 65 Jahre alt sind. Und da der Anteil dieser alten Einwohner an der Wohnbevölkerung insgesamt in Schleswig-Holstein mit 14,6% um 1,4 Punkte über dem bundesdurchschnittlichen Anteil liegt, wirkt sich auch dieser Umstand beim Ländervergleich nachteilig für Schleswig-Holstein aus. Meßbar wird diese Auswirkung daran, daß Schleswig-Holstein bei den Erwerbs- und Vermögenseinkommen der privaten Haushalte mit 3,8% an der Bundessumme beteiligt ist, während der Anteil an den empfangenen laufenden Übertragungen der privaten Haushalte mit 4,1% des Bundeswertes um 0,3 Punkte höher liegt. So gesehen verwundert es nicht, daß Schleswig-Holstein mit einer Meßziffer von 90 erheblich unter den Bundesdurchschnitt rutscht. Nur im Saarland liegt diese Meßziffer noch unter der unseres Landes.

**Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte nur um 7% niedriger als ihr Erwerbs- und Vermögenseinkommen**

Wie bereits erwähnt, ergibt sich aus der Verteilungsrechnung, wie sich das Volks-

einkommen auf die drei Sektoren private Haushalte, Staat und Kapitalgesellschaften verteilt. Über diese Verteilung hinaus ist von besonderem Interesse, wie der Fiskus durch Steuer- und Sozialpolitik das Volkseinkommen in das tatsächlich verfügbare Einkommen der drei Sektoren verändert. Beim verfügbaren Einkommen gilt aber dasselbe wie beim Volkseinkommen, nämlich daß der weitaus größte Teil den privaten Haushalten und Organisationen ohne Erwerbscharakter zufließt, und daß der Nachweis des verfügbaren Einkommens der beiden übrigen Sektoren mangels statistischer Unterlagen vorerst unterbleiben muß.

Von den Erwerbs- und Vermögenseinkommen insgesamt fließen nach den Berechnungen für 1970 in Schleswig-Holstein 97% den privaten Haushalten und Organisationen ohne Erwerbscharakter zu, das sind 18,8 Mrd. DM. Diese Erwerbs- und Vermögenseinkommen erhöhen sich durch empfangene laufende Übertragungen wie Renten, Pensionen und Sozialzahlungen um 4,0 Mrd. DM und werden gekürzt durch die geleisteten laufenden Übertragungen wie direkte Steuern und Sozialversicherungsbeiträge von 5,3 Mrd. DM. Daraus ergibt sich für 1970 ein verfügbares Einkommen der privaten Haushalte von 17,5 Mrd. DM. Damit ist das verfügbare Einkommen nur um 7% geringer als das Erwerbs- und Vermögenseinkommen der schleswig-holsteinischen privaten Haushalte. Im gesamten Bundesgebiet ist dagegen das verfügbare Einkommen um 12% niedriger als das Erwerbs- und Vermögenseinkommen. Diese Verschiebung zugunsten von Schleswig-Holstein beim Übergang vom Volkseinkommen

Vom Erwerbs- und Vermögenseinkommen  
zum verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte 1970  
in Schleswig-Holstein und im Bundesgebiet

	Schleswig-Holstein	Bundesgebiet
	Mrd. DM	
Erwerbs- und Vermögenseinkommen 1960 = 100	18 818 230	501 450 233
+ empfangene laufende Übertragungen 1960 = 100	3 954 235	97 490 240
darunter Leistungen der Sozialversicherungen 1960 = 100	2 831 238	70 330 236
- geleistete laufende Übertragungen 1960 = 100	5 320 286	155 860 293
darunter Sozialversicherungsbeiträge 1960 = 100	2 842 267	78 290 268
direkte Steuern 1960 = 100	1 958 296	60 290 303
= verfügbares Einkommen 1960 = 100	17 453 218	443 080 219
Verfügbares Einkommen in % des Erwerbs- und Vermögenseinkommens	92,7	88,4

der privaten Haushalte zum verfügbaren Einkommen wird hervorgerufen durch einen höheren Anteil der empfangenen laufenden Übertragungen und einen niedrigeren Anteil der geleisteten laufenden Übertragungen im Vergleich zum Anteil Schleswig-Holsteins an den Erwerbs- und Vermögenseinkommen im Bundesgebiet insgesamt. Die Anteile Schleswig-Holsteins an den Erwerbs- und Vermögenseinkommen der privaten Haushalte von 3,8%, an den empfangenen laufenden Übertragungen von 4,1% und an den geleisteten laufenden Übertragungen von 3,4% führten beim verfügbaren Einkommen zu einem Anteil von 3,9% am Bundeswert. Um einen Anhaltspunkt über die Größenordnung dieser Anteilswerte zu geben, sei beispielsweise angeführt, daß 0,1% der verfügbaren Einkommen im Bundesgebiet rund 440 Mill. DM ausmachen.

Im Zeitablauf sind die geleisteten laufenden Übertragungen in Schleswig-Holstein wie im gesamten Bundesgebiet wesentlich stärker gestiegen als die übrigen Posten der Umverteilungsrechnung. Von 1960 bis 1970 beträgt die Zuwachsrate insgesamt 186% und durchschnittlich jährlich 11,1%, was insbesondere auf die Erhöhung von 196% (11,5%) bei den direkten Steuern, die 37% der geleisteten laufenden Übertragungen im Jahre 1970 ausmachen, zurückzuführen ist. Vom Gewicht noch bedeutungsvoller sind die Sozialversicherungsbeiträge mit einem Anteil von 53% an den geleisteten laufenden Übertragungen; sie sind aber mit insgesamt 167% (10,3%) nicht ganz so stark angestiegen wie die direkten Steuern. Zu den Sozialversicherungsbeiträgen gehören neben den Pflicht- und freiwilligen Beiträgen der Arbeitgeber und Versicherten für die Altersversorgung einschließlich der Einzahlungen in fiktive Pensionsfonds für Beamte auch die soziale Krankenversicherung und die Arbeitslosenversicherung. Gegenüber den geleisteten laufenden Übertragungen haben sich die Erwerbs- und Vermögenseinkommen nur um insgesamt 130% (durchschnittlich jährlich 8,7%) und die empfangenen laufenden Übertragungen um entsprechende 135% (8,9%) erhöht, was zur Folge hat, daß das verfügbare Einkommen auf eine Zuwachsrate von insgesamt 118% (8,1%) kommt. Daraus läßt sich wiederum ableiten, daß das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte und Organisationen ohne Erwerbscharakter in Schleswig-Holstein 1960 nur um 2% niedriger war als deren Erwerbs- und Vermögenseinkommen gegenüber der o. g. negativen Differenz von 7% im Jahre 1970. Im Bundesgebiet ist das verfügbare Einkommen vergleichsweise im Jahre 1960 um 6% und im Jahre 1970 um 12% geringer als das Erwerbs- und Vermögenseinkommen.

#### Verfügbares Einkommen je Einwohner geringfügig unter dem Bundesdurchschnitt

Das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte kann als ein Maßstab für die Kaufkraft der Bevölkerung eines Gebietes angesehen werden. Damit ist gleichzeitig gesagt, daß für einen Ländervergleich über das verfügbare Einkommen die Einwohner die geeignete Bezugsgröße sind. Nach den Berechnungen für 1970 verfügte der Schleswig-Holsteiner im Durchschnitt über ein Einkommen von 6 998 DM, während auf den Bundesbürger im Durchschnitt 7 305 DM entfielen. Damit kommt der Schleswig-Holsteiner im Durchschnitt auf 96% des verfügbaren Einkommens, das dem Bundesbürger im Durchschnitt zufließt. Diese Meßziffer liegt also merklich über der, die sich beim Volkseinkommen je Einwohner (90) ergibt und verdeutlicht nochmals, daß die Einwohner keine geeignete Bezugsgröße für das Volkseinkommen sind. Daß Schleswig-Holstein andererseits beim verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte je Einwohner im Ländervergleich schlechter abschneidet als beim Volkseinkommen je Erwerbstätigen (Meßziffer = 99) ist ganz wesentlich in der um 2,3 Punkte niedrigeren Erwerbsquote der Schleswig-Holsteiner begründet.

Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte je Einwohner 1970 in den Bundesländern

Land	Verfügbares Einkommen je Einwohner in DM	Durchschnittliche jährliche Veränderung 1960 bis 1970 in %	Bundesdurchschnitt = 100
Hamburg	9 280	7,4	127,0
Berlin (West)	8 646	8,3	118,4
Bremen	7 904	6,8	108,2
Baden-Württemberg	7 575	7,3	103,7
Nordrhein-Westfalen	7 419	6,8	101,6
Hessen	7 403	7,4	101,3
Schleswig-Holstein	6 998	7,2	95,8
Bayern	6 865	7,1	94,0
Niedersachsen	6 853	7,3	93,8
Rheinland-Pfalz	6 700	7,6	91,7
Saarland	6 447	6,6	88,3
Bundesgebiet	7 305	7,8	100

Erheblich über dem Bundesdurchschnitt mit dem verfügbaren Einkommen je Einwohner liegen die drei Stadtstaaten Hamburg, Berlin und Bremen. Dahinter folgen mit Baden-Württemberg, Nordrhein-Westfalen und Hessen drei weitere Bundesländer mit überdurchschnittlichen Werten. Die Bundesländer mit einer Maßziffer unter 100 werden von Schleswig-Holstein angeführt; vier Bundesländer schneiden also noch schlechter ab als unser Land.

## Die Verwendungsrechnung

Während in der Entstehungsrechnung das Sozialprodukt gleich dem Geldwert der im Produktionsprozeß erzeugten Güter und Dienstleistungen ist und in der Verteilungsrechnung sich das Sozialprodukt aus den Faktoreinkommen der Produktionsfaktoren Kapital und Arbeit zusammensetzt, wird es in der dritten Berechnungsweise über die Verwendung der erzeugten Güter und Dienstleistungen ermittelt. Diese Güter und Dienstleistungen können durch die privaten Haushalte oder den Staat verbraucht oder für Investitionszwecke verwendet werden. Die Summe aus Verbrauch und Investitionen entspricht dann dem Gesamtbetrag der im Inland zur Verfügung stehenden Güter und Dienstleistungen. Dabei ist zu berücksichtigen, daß die Volkswirtschaft offen ist, also Ströme von Gütern und Dienstleistungen aus Schleswig-Holstein heraus und nach Schleswig-Holstein hereinfließen. Davon dürfen dem Sozialprodukt Schleswig-Holsteins aber nur die Güter und Dienstleistungen zugerechnet werden, die aus Schleswig-Holstein herausfließen, also exportiert werden, denn nur sie sind in unserer Volkswirtschaft entstanden. Die importierten Güter und Dienstleistungen sind in anderen Volkswirtschaften entstanden und deshalb nicht dem Sozialprodukt Schleswig-Holsteins zuzurechnen. Da diese Güter und Dienstleistungen aber bei der Berechnungsmethode über die Verwendung im privaten Verbrauch, im Staatsverbrauch oder in den Außenbeiträgen enthalten sind, müssen sie als Import wieder abgezogen werden. Das Sozialprodukt gliedert sich demnach in privaten Verbrauch, Staatsverbrauch, Investitionen (Anlageinvestitionen und Vorratsveränderung) und den Außenbeitrag als Saldo zwischen Ex- und Import.

Als privater Verbrauch werden die Käufe der inländischen privaten Haushalte für Konsumzwecke und der Eigenverbrauch der privaten Organisationen ohne Erwerbscharakter bezeichnet. Neben den tatsächlichen Käufen der privaten Haushalte sind auch bestimmte unterstellte Käufe einbegriffen. Hierzu zählen u. a. der Eigenverbrauch der Unternehmer (im eigenen Unternehmen produzierte und im privaten Haushalt des Unternehmers verbrauchte Erzeugnisse) und der Wert der Nutzung von Eigentümerwohnungen. Der Staatsverbrauch entspricht den Aufwendungen des Staates für Verwaltungsleistungen wie Sicherheitsleistungen, Unterrichtsleistungen, Gesundheitsbetreuung und allgemeine Verwaltungsleistungen, die der Allgemeinheit ohne spezielles Entgelt zur Verfügung gestellt werden. Die Anlageinvestitionen umfassen die Käufe neuer Anlagen (einschließlich aller eingeführten Anlagen und selbsterstellter

Anlagen) und den Saldo der Käufe und Verkäufe von gebrauchten Anlagen und Grund und Boden. Als Anlagen werden alle dauerhaften (Nutzungsdauer länger als ein Jahr), reproduzierbaren Produktionsmittel angesehen mit Ausnahme dauerhafter militärischer Güter und dauerhafter Güter, die in den privaten Verbrauch eingehen. Die Berechnung der Vorratsveränderungen geht von Bestandsangaben über Vorräte aus, die zunächst von Buchwerten auf eine konstante Preisbasis (zur Zeit werden die Preise von 1962 herangezogen) umgerechnet werden. Die Differenz zwischen Anfangs- und Endbeständen zu konstanten Preisen wird dann mit jahresdurchschnittlichen Preisen bewertet. In der so ermittelten Vorratsveränderung sind also Scheingewinne und -verluste, die aus preisbedingten Änderungen der Buchwerte resultieren, nicht enthalten. Der Außenbeitrag ist die Differenz zwischen Lieferung und Bezügen von Waren und Dienstleistungen im Verkehr mit dem Ausland und den übrigen Bundesländern. In den Außenbeitrag wird außerdem der Saldo der Erwerbs- und Vermögenseinkommen zwischen Inländern und der übrigen Welt einbezogen.

### Über 60% des Bruttosozialprodukts fließen in den privaten Verbrauch

Die Summe aus den einzelnen Verwendungsarten privater Verbrauch, Staatsverbrauch, Anlageinvestitionen, Vorratsveränderungen und Außenbeitrag ergibt das Bruttosozialprodukt in jeweiligen Preisen. Es beläuft sich nach den Berechnungen für 1970 in Schleswig-Holstein auf 24,7 Mrd. DM und ist seit 1960 um durchschnittlich jährlich 8,5% gestiegen. Damit entwickelte sich das Bruttosozialprodukt in Schleswig-Holstein genauso kräftig wie im gesamten Bundesgebiet.

Drei Fünftel des Bruttosozialprodukts werden in Schleswig-Holstein für den privaten Verbrauch verwendet. Das Gewicht des privaten Verbrauchs schwankt im Berechnungszeitraum 1960 bis 1970 geringfügig zwischen 61% und 63%. Schleswig-Holstein liegt mit seinem Anteilswert von 61% im Jahre 1970 erheblich über dem Bundesdurchschnitt von 54%. Stärkeres Gewicht als in unserem Lande hat der private Verbrauch nur noch im Saarland (63%) und in Berlin (62%).

Vom verfügbaren Einkommen werden 86% konsumiert und 14% gespart

Neben der Darstellung des privaten Verbrauchs als Beitrag zur gesamtwirtschaftlichen Lei-

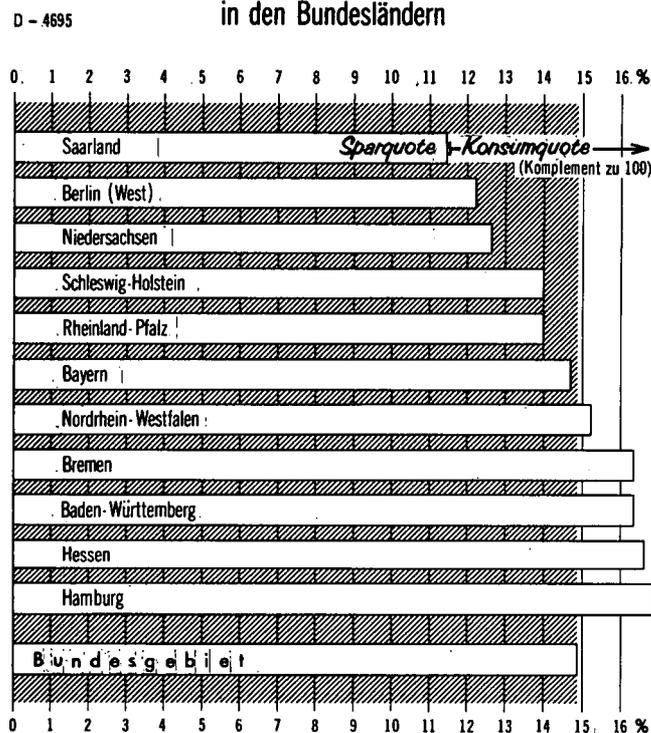
Verwendung des Sozialprodukts in Schleswig-Holstein und im Bundesgebiet

		Schleswig-Holstein			Bundesgebiet				
		Mill. DM	Zuwachsrate 1960 bis 1970		Anteile am Brutto-sozial-produkt %	Mill. DM	Zuwachsrate 1960 bis 1970		Anteile am Brutto-sozial-produkt %
			%	D jährlich %			%	D jährlich %	
<b>Bruttosozialprodukt</b>	1960	10 928			302 300				
	1970	24 729	126,3	8,5	685 600	126,8	8,5		
darunter									
Privater Verbrauch	1960	6 778			172 430			57,0	
	1970	15 012	121,5	8,3	369 010	114,0	7,9	53,8	
Staatsverbrauch	1960	1 919			41 120			13,6	
	1970	5 066	164,0	10,2	109 040	165,2	10,2	15,9	
Anlageinvestitionen	1960	2 603			72 660			24,0	
	1970	6 577	152,7	9,7	181 080	149,2	9,6	26,4	

stung einer Volkswirtschaft kann der private Verbrauch auch getrennt für den Sektor private Haushalte einschließlich der privaten Organisationen ohne Erwerbscharakter gesehen werden und gibt dann die weitergehende Erkenntnis, welchen Anteil der private Verbrauch am verfügbaren Einkommen dieses Sektors ausmacht. Der vom verfügbaren Einkommen nach Abzug der Aufwendungen für den privaten Verbrauch verbleibende Rest ist die Ersparnis der privaten Haushalte. Im Berechnungszeitraum 1960 bis 1970 schwankt der Anteil des privaten Verbrauchs am verfügbaren Einkommen zwischen 85% und 88% und damit der Anteil der Ersparnisse zwischen 15% und 12%. Etwas größer ist die Schwankungsbreite im gesamten Bundesgebiet, wo die Konsumquote zwischen 83% und 87% und damit die Sparquote zwischen 17% und 13% liegt. Aus diesem Vergleich der Quoten wird außerdem deutlich, daß in Schleswig-Holstein relativ stärker konsumiert und weniger gespart wird. Als Durchschnitt ergibt sich für den Berechnungszeitraum von 1960 bis 1970 in Schleswig-Holstein eine Konsumquote von 86% gegenüber 85% im gesamten Bundesgebiet. Damit bleibt die Sparquote auf diese lange Sicht in Schleswig-Holstein mit 14% nur um einen Punkt unter der bundesdurchschnittlichen Sparquote. Im Ländervergleich weisen Hamburg und Hessen mit 17% die höchste durchschnittliche Sparquote des Berechnungszeitraumes auf, gefolgt von Bremen und Baden-Württemberg mit einer Sparquote von 16%. Auf die geringste durchschnittliche Sparquote kommt das Saarland mit 11%. Daneben haben auch noch Berlin und Niedersachsen eine niedrigere durchschnittliche Sparquote als Schleswig-Holstein.

Die naheliegende Vermutung, daß bei überdurchschnittlichem verfügbarem Einkommen je Einwohner auch überdurchschnittlich viel gespart wird, bestätigt sich nicht für alle

Durchschnittliche Konsum- und Sparquoten 1960 bis 1970 in den Bundesländern



Bundesländer. Nach Durchschnittsberechnungen für die Zeitspanne von 1960 bis 1970 zeigt sich, daß alle Bundesländer - mit Ausnahme von Berlin - mit einer unterdurchschnittlichen Sparquote auch beim verfügbaren Einkommen je Einwohner unter dem Bundeswert liegen. Bei den Bundesländern mit überdurchschnittlich hoher Sparquote fällt auf, daß Hessen trotz gerade durchschnittlichen verfügbaren Einkommens je Einwohner (Meßziffer schwankt in den Jahren 1960 bis 1970 zwischen 99 und 101) mit seiner Sparquote von 17% um zwei Punkte über dem Durchschnitt rangiert. Beim Vergleich der übrigen Bundesländer

mit überdurchschnittlich hoher Sparquote bestätigt sich die obige Vermutung aber voll, denn hat ein Bundesland im Vergleich zu einem anderen Bundesland eine höhere Meßziffer beim verfügbaren Einkommen je Einwohner, dann ist auch seine Sparquote höher als im Vergleichsland.

Privater Verbrauch je Einwohner in den Bundesländern 1970

Land	Privater Verbrauch je Einwohner in DM	Durchschnittliche jährliche Veränderung 1960 bis 1970 in %	Bundesdurchschnitt = 100
Hamburg	7 606	7,1	125,0
Berlin (West)	7 471	7,5	122,8
Bremen	6 492	6,7	106,7
Nordrhein-Westfalen	6 153	6,7	101,1
Baden-Württemberg	6 147	6,8	101,0
Schleswig-Holstein	6 019	7,4	98,9
Hessen	6 014	7,1	98,8
Niedersachsen	5 877	7,2	96,6
Bayern	5 743	7,0	94,4
Rheinland-Pfalz	5 647	7,5	92,8
Saarland	5 552	5,9	91,3
Bundesgebiet	6 084	6,9	100

Um eine Größenvorstellung von den beschriebenen Werten zu geben, sei noch erwähnt, daß die schleswig-holsteinischen privaten Haushalte 1970 über ein Einkommen von 17,5 Mrd. DM verfügten. Von diesem Betrag sind 15,0 Mrd. DM für Käufe von Waren und Dienstleistungen ausgegeben und 2,4 Mrd. DM gespart worden. Wie stark sich auch hier die Größenordnungen in einem Zeitraum von nur 11 Jahren verschoben haben, wird daran deutlich, daß 1960 die Ersparnis 1,2 Mrd. DM betrug bei einem derzeitigen verfügbaren Einkommen von 8,0 Mrd. DM. Während sich also die jährliche Sparleistung um 99% erhöhte, stiegen die Aufwendungen für den privaten Verbrauch sogar um 121%. Damit weichen die Zuwachsraten ganz erheblich vom Bundesdurchschnitt ab, denn im gesamten Bundesgebiet stieg die Ersparnis von 1960 bis 1970 um 144% und der private Verbrauch um 114%.

#### Steigende Bedeutung des Staatsverbrauchs

Auf den Staatsverbrauch<sup>1</sup> entfällt nach den Berechnungen für 1970 ein Fünftel des Bruttosozialprodukts. Damit ist die Bedeutung des Staatsverbrauchs im Vergleich zu 1960 um

3 Prozentpunkte gewachsen. Das zeigt sich auch in der durchschnittlichen jährlichen Veränderungsrate von 10,2%, die nicht unerheblich über der entsprechenden Rate des Bruttosozialprodukts von 8,5% liegt. Im Vergleich zum gesamten Bundesgebiet spielt der Staatsverbrauch in Schleswig-Holstein eine wesentlich größere Rolle, denn der Anteilswert des Staatsverbrauchs am Bruttosozialprodukt ist in Schleswig-Holstein um fast 5 Prozentpunkte höher als im Bundesdurchschnitt von 16%. Ein noch stärkeres Gewicht als in Schleswig-Holstein hat der Staatsverbrauch nur in Berlin und dem Saarland mit einem Anteil von jeweils 21% am Bruttosozialprodukt. Relativ wesentlich geringer ist der Beitrag des Staates mit seinem Eigenverbrauch zum Bruttosozialprodukt in Hamburg, Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen, wo sich 14% errechnen. Allerdings ist bei Hamburg zu berücksichtigen, daß die in einem Restposten zusammengefaßten Werte der Vorratsveränderung und des Außenbeitrags einschließlich aufgetretener statistischer Differenzen mit einem Anteil von 21% ein besonders großes Gewicht haben.

Von 1960 bis 1970 lag die Steigerung des Staatsverbrauchs in Baden-Württemberg, Hessen, Rheinland-Pfalz, Bayern und Niedersachsen mit durchschnittlichen jährlichen Zuwachsraten zwischen 10,9% und 10,4% über der in Schleswig-Holstein. Trotzdem bleibt die gesamtwirtschaftliche Bedeutung des Staatsverbrauchs in diesen Bundesländern zum Teil erheblich (Anteil am Bruttosozialprodukt liegt zwischen 14% und 18%) unter der in unserem Lande.

Neben der gesamtwirtschaftlichen Bedeutung des Staatsverbrauchs als Beitrag zum Bruttosozialprodukt ist auch hier seine Bedeutung für den Sektor Staat als Teil der laufenden Ausgaben von Interesse. Zu den laufenden Ausgaben des Staates gehören neben dem Staatsverbrauch die Geldleistungen als laufende Übertragungen wie Renten, Pensionen und Sozialleistungen, die Zinszahlungen auf öffentliche Schulden sowie die allgemeinen und zweckgebundenen Zuweisungen des Landes an den Bund und an die Sozialversicherung und der schleswig-holsteinischen Gemeinden an die Sozialversicherung. Nach den Berechnungen für 1970 entfallen von den laufenden Ausgaben des Staates in Schleswig-Holstein mehr als die Hälfte (55%) auf den Staatsverbrauch. Ein wesentlich stärkeres Gewicht hat der Staatsverbrauch, wenn vom gesamten Bereich Staat nur das Land und die Gemeinden betrachtet werden. Von den laufenden Ausgaben unseres Landes und seiner Gemeinden sind nämlich 77% Eigenverbrauch. Hierzu sei noch erläutert erwähnt, daß vom Eigenverbrauch des

1) Zum "Staat" rechnen auch die kommunalen Gebietskörperschaften und die Sozialversicherung

Landes Schleswig-Holstein und der schleswig-holsteinischen Gemeinden etwa vier Fünftel auf die Löhne und Gehälter einschließlich der Sozialversicherungsbeiträge und unterstellter Einzahlungen in fiktive Pensionsfonds für Beamte entfallen.

#### Über ein Viertel des Sozialprodukts fließt in Investitionen

Über ein Viertel (27%) des Bruttosozialprodukts ist nach Berechnungen für 1970 für Anlageinvestitionen verwendet worden. Auch die Anlageinvestitionen haben sich in Schleswig-Holstein überdurchschnittlich gut entwickelt, wenn man die Zunahme des Bruttosozialprodukts als Durchschnitt ansieht. Betrag der Wert der Anlageinvestitionen 1960 noch 2,6 Mrd. DM, so stieg er bis 1970 auf 6,6 Mrd. DM an. Das entspricht einer durchschnittlichen jährlichen Zunahme von 9,7%. Dabei war die Entwicklung von Jahr zu Jahr recht unterschiedlich, was gerade bei den Anlageinvestitionen nicht verwundert, denn sie hängen sehr stark vom Optimismus und Pessimismus des Unternehmers und damit von der wirtschaftlichen Lage ab. Diese Abhängigkeit zeigt sich insbesondere im Rezessionsjahr 1967, in dem gegenüber dem Vorjahr 6% weniger investiert wurde. Dabei war die Erhöhung der Investitionen im Jahre 1966 mit einer Zuwachsrate von 1% gegenüber 1965 bereits sehr niedrig gewesen. Optimismus setzte sich dann insbesondere in den Jahren 1969 und 1970 mit Steigerungsraten von 17% und 19% durch. Eine ähnliche Entwicklung ist auch im gesamten Bundesgebiet festzustellen, wo allerdings der Rückgang im Jahre 1967 mit 9% gegenüber 1966 noch etwas stärker war als in unserem Lande. Die durchschnittliche jährliche Veränderung von 1960 bis 1970 ist aber mit 9,6% im gesamten Bundesgebiet nahezu gleich groß gewesen wie in Schleswig-Holstein. Auch vom Gewicht der Anlageinvestitionen entsprechen die Verhältnisse in unserem Lande fast genau dem Bundesdurchschnitt.

#### Relativer Rückgang der Bauinvestitionen

Die Anlageinvestitionen werden in den volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen in Ausrüstungs- und Bauinvestitionen gegliedert und dargestellt nach den Sektoren Unternehmen und Staat. Ausrüstungsinvestitionen sind Maschinen, maschinelle Anlagen, Fahrzeuge, Betriebs- und Geschäftsausstattungen sowie ähnliche Anlagegüter, die nicht fest mit

Bauten verbunden werden. Bauinvestitionen sind Gebäude und sonstige Bauten wie Brücken, Tunnels, Stahl- und Holzkonstruktionen im Montagebau. Einbezogen sind auch die mit den Bauten festverbundenen Einrichtungen wie Aufzüge, Heizungs-, Lüftungs- und Klimaanlagen.

Bemerkenswert ist, daß die Ausrüstungsinvestitionen sich wesentlich stärker entwickelt haben als die Bauinvestitionen. Einer Zuwachsrate von insgesamt 207% und durchschnittlich jährlich 11,9% bei den Ausrüstungsinvestitionen stehen entsprechende Zuwachsraten von 121% und 8,2% bei den Bauinvestitionen gegenüber. Diese unterschiedliche Entwicklung hatte zur Folge, daß sich die Gewichte der beiden Investitionsarten im Zeitlauf annäherten. Entfielen 1960 von den 2,6 Mrd. DM, die insgesamt in Anlagen investiert wurden, 36% auf Ausrüstungsinvestitionen und 64% auf Bauinvestitionen, so verteilten sich die 1970 investierten 6,6 Mrd. DM bereits zu 44% auf Ausrüstungsinvestitionen und zu 56% auf Bauinvestitionen.

Entwicklung der Anlageinvestitionen in Schleswig-Holstein von 1960 bis 1970

		Unternehmen	Staat	Volkswirtschaft insgesamt
Ausrüstungsinvestitionen	Mill. DM			
	1960	900	52	952
	1970	2 782	138	2 920
D jährliche Veränderung %		11,9	10,3	11,9
Bauinvestitionen	Mill. DM			
	1960	1 322	366	1 688
	1970	2 595	1 129	3 724
D jährliche Veränderung %		7,0	11,9	8,2
Anlageinvestitionen insgesamt	Mill. DM			
	1960	2 222	418	2 640
	1970	5 377	1 267	6 644
D jährliche Veränderung %		9,2	11,7	9,7

Dieser relative Rückgang der Bauinvestitionen ist ausschließlich auf die Entwicklung bei den Unternehmen zurückzuführen. Er wird sogar noch etwas gedämpft durch die Investitionsentscheidungen im Bereich Staat. In Zahlen ausgedrückt erhöhten sich die Bauinvestitionen bei den Unternehmen von 1960 bis 1970 nur um durchschnittlich jährlich 7,0% gegenüber 11,9% im Bereich Staat und bei einer durchschnittlichen jährlichen Zunahme der Anlageinvestitionen insgesamt um 9,7%.

Aus dem Vergleich der beiden Sektoren ergibt sich eine stärkere Investitionssteigerung im Bereich Staat. Und zwar steigerte der Staat von 1960 bis 1970 seine Ausgaben für Investitionen um durchschnittlich jährlich

11,7%, während die Unternehmen nur durchschnittlich jährlich 9,2% mehr Mittel investierten. Dabei ist allerdings zu berücksichtigen, daß die Unternehmen insgesamt wesentlich mehr investieren als der Staat. 1960 wurden von den 2,6 Mrd. DM 2,2 Mrd. DM (84%) von den Unternehmen und 0,4 Mrd. DM (16%) vom Staat aufgebracht. Die unterschiedliche Entwicklung hatte aber zur Folge, daß sich die Gewichte der Sektoren bei den Anlageinvestitionen insgesamt bis 1970 auf 81% für die Unternehmen und 19% für den Staat verschoben. Diese leichte Annäherung ist wiederum ausschließlich auf die Entwicklung bei den Bauinvestitionen zurückzuführen, denn - wie bereits erwähnt - lag hier die durchschnittliche jährliche Veränderung beim Staat wesentlich höher als bei den Unternehmen, während bei den Ausrüstungsinvestitionen die durchschnittliche jährliche Steigerung mit 11,9% bei den Unternehmen sogar über der entsprechenden Rate von 10,3% im Bereich Staat lag. Diese unterschiedliche Entwicklung in den beiden Sektoren bei den beiden Investitionsarten führte dazu, daß der Anteil des Staats an den Bauinvestitionen von 22%

im Jahre 1960 auf 30% im Jahre 1970 anstieg. Die Ausrüstungsinvestitionen werden fast ausschließlich von den Unternehmen getätigt, was sich in dem Anteilswert von 95% im Jahre 1970 ausdrückt.

Über die bisher angesprochenen Posten der Verwendungsrechnung hinaus müßte jetzt noch auf die Vorratsveränderung und den Außenbeitrag eingegangen werden. Der Arbeitskreis hat sich aber in Anbetracht des noch unvollständigen Materials für die Berechnungen der drei Seiten einer Volkswirtschaft geeinigt, in der Verwendungsrechnung vorerst einen Restposten auszuweisen, in dem neben der Vorratsveränderung und dem Außenbeitrag auch statistische Differenzen enthalten sind. Deshalb sei hier nur allgemein angeführt, daß dieser Restposten für Schleswig-Holstein negativ ist und daraus geschlossen werden kann, daß auch der Außenbeitrag negativ und damit der Import von Gütern und Dienstleistungen nach Schleswig-Holstein größer ist als der Export aus Schleswig-Holstein heraus.

Peter Möller

## Schiffs- und Güterverkehr auf dem Nord-Ostsee-Kanal im Jahr 1974

Im Jahre 1974 sind auf dem Nord-Ostsee-Kanal Verkehrsergebnisse erzielt worden, die die bisherigen Rekordergebnisse in der Kanalstatistik übertreffen. Besonders hervorzuheben sind die 91,0 Mill. BRT Schiffsraum, die in der Geschichte des Nord-Ostsee-Kanals einmalig dastehen. Mit diesem herausragenden Verkehrsergebnis konnte das bisherige Rekordergebnis aus dem Jahre 1964 - 82,1 Mill. BRT - weit übertroffen werden. Während im Jahre 1964 insgesamt 82 800 Schiffe erforderlich waren, um die 82,1 Mill. BRT Schiffsraum zu erbringen, hat die den 91,0 Mill. BRT zugehörige Schiffszahl bei 68 460 Einheiten gelegen. Anhand dieser Vergleichszahlen zeigt sich ganz besonders deutlich, welcher beachtliche Strukturwandel - Tendenz zum größeren Schiff - sich im Laufe der letzten Jahre im Kanalverkehr vollzogen hat. Innerhalb von zehn Jahren ist die durchschnittliche Größe der auf dem Kanal verkehrenden Fahrzeuge von 991 BRT auf 1 329 BRT gestiegen.

Mit 62,5 Mill. t Ladung ist ein weiteres Rekordergebnis erzielt worden. Damit konnte

Der Verkehr auf dem Nord-Ostsee-Kanal  
in den letzten zwei Jahrzehnten

Jahr	Schiffszahl	Schiffsraum in 1 000 BRT	Ladung in 1 000 t
1955	62 900	56 702	46 595
1960	77 700	75 714	57 653
1962	80 800	79 832	60 667
1964	82 800	82 080	62 113
1966	82 800	79 548	59 268
1968	80 200	77 976	57 268
1970	75 200	81 929	58 122
1972	69 100	77 702	53 509
1974	68 460	90 963	62 522

das bisherige Höchstergebnis aus dem Jahre 1964 mit 62,1 Mill. t leicht übertroffen werden.

Neben der ungewöhnlich milden Winterwitterung im skandinavischen Raum, die bewirkt hat, daß die Holzfahrt nicht unterbrochen wurde, sind es vor allem die stark angestiegenen Brennstoffkosten und die weitgehend festen Frachtraten und Gebühren auf

dem Nord-Ostseemarkt gewesen, die die herausragenden Verkehrsergebnisse verursacht haben. Obwohl sich die Konjunktur in den westeuropäischen Industriestaaten im Laufe des vergangenen Jahres abzuschwächen begann, ist die Abschwächung noch nicht voll auf den Frachtenmarkt durchgeschlagen. Diese sich im letzten Jahr anbahnende Abkühlungsphase scheint die Märkte jetzt erreicht zu haben. Im Berichtsjahr wurden die Frachtenmärkte im Nord-Ostseeraum weder durch Streiks noch durch Änderungen in den Wechselkursrelationen beeinträchtigt, was sich natürlich auf den Kanalverkehr positiv auswirkte.

Das Rekordergebnis beim Schiffsraum ist wahrscheinlich zum größten Teil auf die gravierende Brennstoffkostenerhöhung zurückzuführen, die durchschnittlich zwischen 200% und 300% gelegen hat. Durch die enorme Verteuerung der Brennstoffe hat sich der Bruttoverkehrswert des Kanals beträchtlich erhöht. Unter dem Bruttoverkehrswert sind diejenigen Vorteile zu verstehen, die einem Schiff dadurch entstehen, daß es durch die Kanalbenutzung Brennstoff und Zeit mit dem entsprechenden geldlichen Gegenwert spart. Da mit steigender Schiffsgröße und Geschwindigkeit der Einfluß der Brennstoffkosten auf den Bruttoverkehrswert steigt, ist vor allem in den oberen Größenklassen ein überproportionaler Anstieg des Bruttoverkehrswertes festzustellen. Während vor der Energiekrise der Anteil der Brennstoffkosten am Bruttoverkehrswert in den oberen Größenklassen bei ungefähr 60% gelegen hat, ist dieser Anteil danach auf 80% gestiegen. Anhand dieser Anteilsverschiebung wird ersichtlich, in welchem Umfang der Bruttoverkehrswert des Kanals für die großen Schiffe von Veränderungen der Brennstoffpreise abhängig ist. Infolge der Brennstoffkostenerhöhung hat sich die Wettbewerbslage des Nord-Ostsee-Kanals gegenüber dem Skagenweg erheblich verbessert. Diese im Konkurrenzkampf um die Anteile am externen Ostseeverkehr verbesserte Ausgangslage darf jedoch zukünftig nicht dazu verleiten, den vergrößerten tarifpolitischen Spielraum über Gebühr zu beanspruchen, weil sonst wieder die Gefahr entsteht, daß die neu gewonnenen Verkehre erneut auf den Skagenweg abwandern. Dieser latent vorhandenen Abwanderungsgefahr muß von allen am Kanal ansässigen Institutionen begegnet werden, denn die Vergangenheit dürfte wohl zur Genüge gezeigt haben, daß abgewanderte Verkehre aufgrund der besonderen Tarif-Konstruktion am Nord-Ostsee-Kanal nicht wieder an den Kanal herangezogen werden können. Die dem Kanal durch die Brennstoffkostenerhöhung eröffneten Wettbewerbsvorteile im Kampf um die Anteile am externen Ostseeverkehr sollten

deshalb so behutsam wie möglich behandelt werden.

### Gesamtverkehr

Im Berichtsjahr befuhren insgesamt 68 456 (1973: 68 147) Schiffe den Nord-Ostsee-Kanal, wobei die Sport- und sonstigen Fahrzeuge nicht berücksichtigt sind, deren Anzahl sich auf 10 859 (10 395) Einheiten belief. Der zugehörige Schiffsraum betrug 91,0 (81,6) Mill. BRT, davon entfielen 79,9 (71,8) Mill. BRT auf den Transitverkehr und 11,1 (9,8) Mill. BRT auf den Teilstreckenverkehr. Die ziemlich konstante Anzahl der Schiffe gegenüber dem enormen Anstieg beim zugehörigen Schiffsraum um 11,5% zeigt ganz eindeutig, daß die Durchschnittsgröße der Schiffe erheblich gewachsen ist.

Der Verkehr auf dem Nord-Ostsee-Kanal 1973 und 1974  
ohne Sport- und sonstige Fahrzeuge ohne Tonnageangabe

	Schiffszahl	Schiffsraum in 1 000 BRT	Ladung in 1 000 t
<b>Gesamtverkehr</b>			
1973	68 147	81 589	56 513
1974	68 456	90 963	62 522
<b>Veränderungen</b>			
absolut	+ 309	+ 9 374	+ 6 008
%	+ 0,5	+ 11,5	+ 10,6
<b>Transitverkehr</b>			
1973	54 086	71 777	50 615
1974	53 334	79 858	55 785
<b>Veränderungen</b>			
absolut	- 752	+ 8 082	+ 5 170
%	- 1,4	+ 11,3	+ 10,2
<b>Teilstreckenverkehr</b>			
1973	14 061	9 812	5 898
1974	15 122	11 105	6 737
<b>Veränderungen</b>			
absolut	+ 1 061	+ 1 293	+ 839
%	+ 7,5	+ 13,2	+ 14,2

Die Tendenz zum größeren Transportgefäß besteht schon seit einigen Jahren am Nord-Ostsee-Kanal, sie wurde jedoch durch die eingangs erwähnte Brennstoffkostenerhöhung erheblich forciert. Der hier angesprochene Strukturwandel in der Seeschifffahrt wird im Rahmen des Transitverkehrs eingehender behandelt werden; in der Größenklassenstruktur des Kanalverkehrs haben sich Verschiebungen ergeben, die zum großen Teil durch die gewachsene Spezialisierung in der Seeschifffahrt verursacht worden sind.

### Transitverkehr

Im Berichtsjahr verkehrten insgesamt 53 334 (1973: 54 086) Schiffseinheiten auf dem Nord-

Ostsee-Kanal. Während die Anzahl der Schiffe um 1,4% sank, stieg der zugehörige Schiffsraum von 71,8 Mill. BRT im Jahre 1973 auf 79,9 Mill. BRT im Jahre 1974, was einer Erhöhung um 11,3% entsprach.

In der Größenklassenstruktur des Transitverkehrs sind beachtliche Veränderungen eingetreten. Die rückläufige Tendenz in der Größenklasse bis 500 BRT, die schon seit einigen Jahren registriert wird, hat sich auch im Berichtsjahr fortgesetzt. Diese Tendenz wird auch in Zukunft anhalten, denn in dieser Größenklasse wird nach und nach ältere Tonnage aus der Fahrt gezogen, da sie den steigenden Anforderungen des europäischen Seeverkehrsmarktes nicht mehr gewachsen ist. Um den Anforderungen des Marktes gewachsen zu sein, hat die Küstenschifffahrt im Laufe der letzten Jahre moderne und leistungsfähige Spezialtonnage in Fahrt gesetzt, die alle Formen von sogenannten Einheitsladungen transportieren kann, wozu auch das paketisierte Holz aus dem skandinavischen Raum gehört.

Die rückläufige Entwicklung in der Größenklasse 1 001 - 1 500 BRT und die überaus erfreuliche Entwicklung in den drei folgenden

Größenklassen müssen in einem engen Zusammenhang gesehen werden, da die Verkehrsverlagerung durch die zunehmende Spezialisierung in der Seeschifffahrt verursacht worden ist. Die in der Größenklasse 1 001 - 1 500 BRT beheimatete konventionelle Linientonnage ist in steigendem Maße durch eine sehr leistungsfähige RoRo-Tonnage ersetzt worden, die für den sogenannten Unit-Load-Verkehr eingerichtet ist. Die neuen RoRo-Schiffe, deren Tragfähigkeit zwischen 4 000 und 6 000 tdw liegt, weisen eine für den Kanal hohe Reisegeschwindigkeit (18 bis 19 km) auf. Die großen Reisegeschwindigkeiten dieser kapitalintensiven Schiffseinheiten und die kurzen Lade- und Löschzeiten in den Häfen führen dazu, daß pro Jahr eine sehr beachtliche Anzahl von Reisen zwischen den Nord- und Ostseehäfen absolviert werden kann, was für den Schiffs- und Güterverkehr auf dem Kanal mit positiven Auswirkungen verbunden ist. In diesem Zusammenhang sollte besonders die Größenklasse 4 000 - 6 000 BRT erwähnt werden, bei der durch den vermehrten Einsatz der RoRo-Tonnage die Schiffszahl um 31% und der zugehörige Schiffsraum um 30% gestiegen ist.

Transitverkehr der Handelsfahrzeuge nach Größenklassen in den Jahren 1973 und 1974

Größenklasse	Anzahl der Schiffe			BRT in 1 000		
	1973	1974	Veränderung in %	1973	1974	Veränderung in %
- 500 BRT	32 130	29 925	- 6,9	12 119	11 186	- 7,7
501 - 1 000 "	3 878	4 254	+ 9,7	3 335	3 615	+ 8,4
1 001 - 1 500 "	3 173	2 950	- 7,0	3 908	3 693	- 5,5
1 501 - 2 500 "	5 294	5 778	+ 9,1	9 864	10 828	+ 9,8
2 501 - 4 000 "	2 685	3 038	+ 13,1	8 472	9 853	+ 16,3
4 001 - 6 000 "	1 308	1 714	+ 31,0	6 512	8 466	+ 30,0
6 001 - 8 000 "	687	768	+ 11,8	4 810	5 376	+ 11,8
8 001 - 10 000 "	966	1 110	+ 14,9	8 676	10 011	+ 15,4
über 10 000 "	892	1 080	+ 21,1	12 195	14 926	+ 22,4
Insgesamt	51 013	50 617	- 0,8	69 890	77 954	+ 11,5

Besonders erfreulich ist die starke Zunahme des Schiffsverkehrs in der Größenklasse über 10 000 BRT, weil in dieser Größenklasse in den vergangenen Jahren eine stetige Abwanderung auf den Skagenweg zu beobachten war. Aufgrund der Brennstoffkostenerhöhung ist der Verkehrswert für diese Schiffe wieder in eine Größenordnung hineingewachsen, in der die Kanalpassage gegenüber dem Skagenweg vorteilhafter ist. Es bleibt zu hoffen, daß diese Schiffe aufgrund einer realitätsbezogenen Tarifpolitik möglichst lange an den Kanal gebunden werden können, da diese Einheiten von der Einnahmeseite aus betrachtet eine sehr interessante Verkehrsgruppe darstellen.

In der Flaggenkala des Transitverkehrs konnte die Flagge der Bundesrepublik mit 16,8% (1973: 20,5) am gesamten Bruttoreum ihre führende Stellung behaupten, obwohl durch die erfolgten Ausflagungen<sup>1</sup> und den Strukturwandel im Bereich der Küstenschifffahrt der Abstand zu den folgenden Flaggen ständig abnimmt. Bleibt diese Tendenz bestehen, so

<sup>1</sup>) d. i. die Umschreibung eines Schiffes auf einen anderen Heimathafen als den ursprünglichen, der dem Geschäftssitz oder der Staatsangehörigkeit des Reeders entspricht. Das Schiff fährt dann unter der Flagge des Landes, in dem der neue Heimathafen liegt, z. B. Cyprien oder Singapur. Durch die Ausflagung entstehen dem Reeder finanzielle Vorteile

werden in einigen Jahren ausländische Flaggen die führende Position einnehmen. Der zweite Platz wird wieder von der Volksrepublik Polen mit 11,5% (9,4) belegt. Auf den nächsten Plätzen folgen Finnland mit 8,9% (9,4), die Sowjetunion mit 8,1% (7,8), Schweden mit 7,6% (6,9), Griechenland mit 6,1% (5,9) und Großbritannien und Nordirland mit 6,0% (4,7). Faßt man die Anteile des COMECON zusammen, so kann man feststellen, daß diese Staaten ungefähr 25% des gesamten Bruttoreumes auf sich vereinigen, worin die Bedeutung des Nord-Ostsee-Kanals für die COMECON-Schifffahrt klar zum Ausdruck kommt.

Im Güterverkehr sind insgesamt 55,8 (50,6) Mill. t befördert worden, davon entfielen 31,9 (29,0) Mill. t auf die Ost-West-Richtung und 23,8 (21,6) Mill. t auf die West-Ost-Richtung. Durch die stärkere Zunahme des Güterverkehrs in der Ost-West-Richtung hat sich die Unpaarigkeit der Güterströme wieder vergrößert. Die Tendenz, daß der Stückgutverkehr zunehmend an Gewicht gewinnt, während der Massengutverkehr eine rückläufige Entwicklung aufweist, hat sich in diesem Berichtsjahr nicht fortgesetzt. Die Massenguttransporte erhöhten ihren Anteil am gesamten Transitverkehr von 61,2% im Jahre 1973 auf 63,5% im Jahre 1974. Im gleichen Zeitraum verringerte sich der Anteil der Stückguttransporte von 38,8% auf 36,5%. Die relativ starke Zunahme der Massenguttransporte ist vor allem durch die beiden Gütergruppen Kohle und Eisen- und Stahlwaren verursacht worden, wie aus der folgenden Tabelle zu ersehen ist.

Güterstruktur des Transitverkehrs auf dem Nord-Ostsee-Kanal  
1973 und 1974

Güterart	1973	1974	Veränderung	
	in 1 000 t	in 1 000 t	in 1 000 t	in %
Erdöl und Derivate	2 747	2 515	- 232	- 8,4
Kohle	4 967	7 466	+ 2 499	+ 50,3
Erze	1 239	1 646	+ 407	+ 32,8
Holz	5 645	5 592	- 52	- 0,9
Zellulose	1 702	1 557	- 145	- 8,5
Getreide	2 363	2 647	+ 285	+ 12,1
Düngemittel	1 884	2 247	+ 363	+ 19,3
Futtermittel	1 068	1 144	+ 76	+ 7,1
Salz	780	914	+ 134	+ 17,2
Eisen und Stahl	4 391	5 611	+ 1 221	+ 27,8
Kiesabbrände	291	204	- 87	- 29,9
Andere Massengüter	3 897	3 817	- 79	- 2,1
Massengüter zusammen	30 974	35 361	+ 4 390	+ 14,2
Stückgüter (ohne lebendes Vieh)	19 628	20 413	+ 786	+ 4,0
Lebendes Vieh	13	10	- 3	- 23,1
Insgesamt	50 615	55 785	+ 5 170	+ 10,2

Mit einer Zuwachsrate von 50,3% haben die Kohlentransporte wieder die Spitzenstellung unter den Massengütern eingenommen. Von den 7,5 Mill. t entfielen 5,9 Mill. t auf die Ost-West-Richtung und 1,6 Mill. t auf die West-Ost-Richtung. Die aus dem Ostseeraum kommenden Kohlentransporte stammen vorwiegend aus der Volksrepublik Polen und aus der Sowjetunion. Ob der Kohlenverkehr im laufenden Jahr auf dem hohen Niveau des Vorjahres stehen bleiben wird, hängt entscheidend davon ab, wie sich die Wettbewerbsslage der Kohle auf dem Energiemarkt entwickeln wird und welche Schiffsgrößen speziell in den polnischen Ostseehäfen zum Einsatz kommen.

#### Teilstreckenverkehr

Im Berichtsjahr befuhren insgesamt 15 122 (1973: 14 061) Schiffe den Nord-Ostsee-Kanal im Teilstreckenverkehr, wobei die Tatsache bemerkenswert ist, daß im Gegensatz zum Transitverkehr die Anzahl der Schiffe beträchtlich angestiegen ist. Die Flaggenskala im Teilstreckenverkehr wird von der Bundesrepublik mit 60,9% (68,1) am gesamten Bruttoreum angeführt. Es folgen Panama mit 7,0% (5,0), Norwegen mit 6,5% (5,4) sowie Großbritannien und Nordirland mit 5,4% (3,6). Auch im Teilstreckenverkehr macht sich die Tendenz bemerkbar, daß die Flagge der Bundesrepublik an Bedeutung verliert. Das Güteraufkommen im Teilstreckenverkehr belief sich auf insgesamt 6,7 (5,9) Mill. t, davon entfielen allein 5,2 Mill. t auf die Warengruppe Erdöl und Derivate.

#### Ausblick

Nachdem das Jahr 1974 der internationalen Schifffahrt - vom Tankermarkt abgesehen - einen Nachfrageboom beschert hat, muß für das kommende Jahr damit gerechnet werden, daß der Boom aufhört und in eine Rezession abgleiten wird. Diese Befürchtung scheint durch die gegenwärtige Frachtratenentwicklung schon bestätigt zu werden, denn durch das limitierte Ladungsangebot sind die Frachtraten erheblich unter Druck geraten. Eine einheitliche Ratentendenz kann jedoch nicht festgestellt werden, da sich auf den einzelnen Teilmärkten das Ratenniveau aufgrund der speziellen Gegebenheiten völlig unterschiedlich entwickeln kann. Es bleibt abzuwarten, welche Entwicklung die Konjunktur durchlaufen wird.

Die sich abkühlende Konjunktur auf dem Nord-Ostsee-Markt macht sich jetzt auch im

Schiffs- und Güterverkehr auf dem Nord-Ostsee-Kanal bemerkbar, denn die neuesten Verkehrsstatistiken weisen einen rückläufigen Verkehr auf. Bei den zu erwartenden Verkehrseinbußen darf nicht die Tatsache außer acht gelassen werden, daß die negativen Auswirkungen der Konjunktur nur in abgeschwächter Form den Kanalverkehr treffen,

da die aus der sogenannten Energiekrise resultierenden positiven Effekte (Verkehrswerterhöhung) ein wirksames Gegengewicht bilden werden.

Dr. Horst Mürl

Vergleiche auch: "Der Schiffs- und Güterverkehr auf dem Nord-Ostsee-Kanal im Jahre 1972" in dieser Zeitschrift 1973, S. 155 (Juli)

## Die Entwicklung der Spareinlagen in Schleswig-Holstein seit 1973

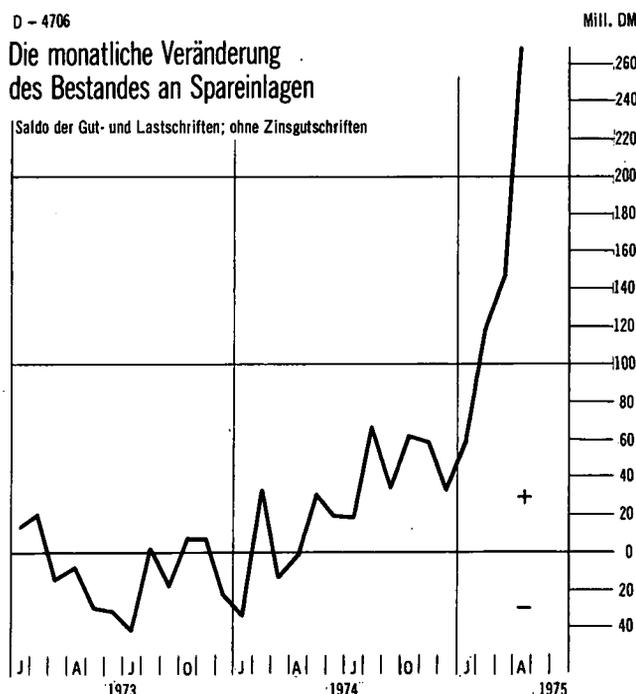
Der Bestand an Spareinlagen bei den Kreditinstituten in Schleswig-Holstein hat sich im ersten Jahresdrittel 1975 in einem bisher nicht gekannten Ausmaß erhöht. Ohne Berücksichtigung der Zinsgutschriften meldeten die berichtspflichtigen Institute<sup>1</sup> in den Monaten Januar bis einschließlich April dieses Jahres einen Zuwachs an Spareinlagen (Saldo aus Gut- und Lastschriften) von fast 600 Mill. DM. Dagegen betrug die Gesamtsparleistung im Jahre 1974 - ebenfalls ohne Zinsgutschriften - nur 315 Mill. DM, und im Jahre 1973 ist in Schleswig-Holstein erstmals seit der Währungsreform 1948 mehr abgehoben als eingezahlt worden, so daß die Auszahlungen mit 51 Mill. DM überwogen.

jüngsten Zeit läßt auch den Schluß zu, daß in Zeiten steigender Preise die Sparbereitschaft nicht unbedingt abnehmen muß. Sie hat im Gegenteil sogar sehr stark zugenommen, obgleich in den ersten Monaten dieses Jahres der bundeseinheitliche Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte um etwa 6% höher war als zur gleichen Zeit des Vorjahres. Der augenblicklich außergewöhnlich starke Sparwille der Bevölkerung muß sicher psychologisch erklärt werden. Die Menschen halten in der gegenwärtig schwierigen Phase der wirtschaftlichen Rezession in verstärktem Maße mit dem Konsum zurück und legen die nicht benötigte Kaufkraft für die späteren Wechselfälle des Lebens auf die hohe Kante.

### Ungewisse Wirtschaftsentwicklung hemmt die Konsumfreudigkeit

Worauf sind nun die sprunghaften Änderungen in der Spartätigkeit der Schleswig-Holsteiner (im gesamten Bundesgebiet ist übrigens dieselbe Entwicklung zu beobachten) zurückzuführen? Man wird diese Frage nicht allein aus dem verstandesmäßigen Handeln der Sparer beantworten können, denn der Habenzinsfuß für Einlagen mit gesetzlicher Kündigungsfrist (Spareckzins) ist allgemein seit Beginn des Jahres 1975 bis zum Juni dieses Jahres stufenweise von 5,5% auf 4,0% gefallen. Der fallende Zinsertrag hat also die Sparwelle nicht bremsen können; die hohe Sparquote der

1) Das sind alle Kreditbanken und Sparkassen mit Sitz in Schleswig-Holstein, und zwar unter Einschluß der Geschäfte ihrer Niederlassungen, die in Schleswig-Holstein liegen, ferner die in Schleswig-Holstein gelegenen Niederlassungen der überregionalen Großbanken. Das Geschäft der schleswig-holsteinischen Kreditgenossenschaften ist nur enthalten, wenn ihre Bilanzsumme am 31. 12. 1967 mindestens 5 Mill. DM (ab Dezember 1973 nach dem Stand vom 31. 12. 1972 mindestens 10 Mill. DM) betrug; nicht meldepflichtig ist die Landeszentralbank



Daß die Sparer in ihrem Verhalten nicht antizyklisch, sondern prozyklisch handeln, dürfte ihnen größtenteils nicht bewußt sein. Ihr Verhalten ist zum gegenwärtigen Zeitpunkt mehr denn je an die Erwartungen über die konjunkturelle Entwicklung in der nächsten Zukunft geknüpft. Hierüber aber gibt es keine sicheren Prognosen. Niemand kann derzeit genau sagen, wie weit die "Talsohle" der wirtschaftlichen Rezession bereits durchschritten ist. Die Folge ist ein entsprechend zurückhaltendes Agieren der Verbraucher und ein starker Anstieg der Sparbereitschaft, die durch die erhebliche Lohnsteuerentlastung eines Teils der Arbeitnehmer ab 1. 1. 1975 im Zuge der Steuerreform noch gefördert worden ist. Ob und wann die privaten Haushalte aufgrund gestiegener Einkommen zu veränderten Verbrauchsgewohnheiten übergehen, bleibt abzuwarten. Im übrigen wird ein konsumfreundliches Verhalten der Bevölkerung allein nicht die gewünschte Expansion mit sich bringen, da die deutsche Wirtschaft sehr stark exportorientiert ist.

#### Sprunghafte Veränderung des Sparverhaltens in den zwei zurückliegenden Jahren

Das Jahr 1973 brachte erstmals nach der Währungsreform den Kreditinstituten in Schleswig-Holstein einen sehr deutlichen Rückgang des Spargeschäfts. Zwar erhöhte sich der Bestand an Spareinlagen um 6,8%; der Zuwachs geht jedoch ausschließlich auf die erheblich gestiegenen Zinsgutschriften zurück. Sie waren infolge des bis auf 5,5% angehobenen Spareckzinses um ein Drittel höher als im vorangegangenen Jahre. Läßt man sie außer Betracht, so ergibt sich der bereits oben erwähnte negative Saldo in Höhe von 51 Mill. DM. Das abrupte Umschlagen des Sparwillens in eine Sparunlust war um so bemerkenswerter, als der Einzahlungsüberschuß im Jahre 1972 noch 516 Mill. DM

betragen hatte. Offenbar hatte die weitere Beschleunigung der Geldentwertung seinerzeit das Sparklima sehr nachhaltig im negativen Sinne beeinflusst. Seinen Tiefpunkt erreichte der Abwärtstrend im Juli 1973; allein in diesem Monat nahm der Bestand an Spareinlagen gegenüber dem Ende des Vormonats um 39 Mill. DM (- 0,5%) ab.

Die anschließende Erholungsphase dauerte ein Jahr, bis ab Mitte 1974 die monatlichen Sparraten etwa wieder den "normalen" Stand erreicht hatten wie im Jahre 1972. Der Bestand an Einlagen stellte sich zum Jahresende 1974 auf 8 654 Mill. DM, was einem Zuwachs von 822 Mill. DM gegenüber dem gleichen Zeitpunkt des Vorjahres entspricht. Der Zuwachs geht nur zu knapp zwei Fünfteln auf Einzahlungsüberschüsse zurück (+ 315 Mill. DM). Zu 62% beruht er auf Zinsgutschriften. Die Zinsgutschriften der schleswig-holsteinischen Institute überschritten im Jahre 1974 erstmals den Betrag von einer halben Milliarde DM.

Die plötzliche Zunahme der Spartätigkeit ab Februar 1975 sucht in den Ergebnissen der Bankenstatistik ihresgleichen. Einzahlungsüberschüsse von mehr als 100 Mill. DM pro Monat (ohne Zinsgutschriften!) hat es in Schleswig-Holstein nach dem 20. 6. 1948 bisher nicht gegeben. Bis zum Ende des 1. Quartals 1975 war der Einzahlungsüberschuß mit 326 Mill. DM bereits höher als im gesamten Jahr 1974. Im April kam ein weiterer Überschuß von 270 Mill. DM hinzu, so daß bis zum Ende dieses Monats mit einem positiven Saldo von fast 600 Mill. DM bereits mehr gespart worden ist als in irgendeinem anderen Jahre. Neuere Angaben lagen dem Statistischen Landesamt bis Juni d. J. leider noch nicht vor; sollte sich aber die Entwicklung der letzten Monate fortsetzen, so werden sich bei den Instituten erhebliche Beträge ansammeln, und es wird die vordringlichste Aufgabe sein, dieses Geld trotz der gegen-

Die Bewegung der Spareinlagen in den Jahren 1973 und 1974 in Schleswig-Holstein sowie im 1. Quartal 1975

	1973		1974		1. Quartal 1975 (1. 1. - 31. 3.)	
	Mill. DM	Veränderung gegenüber 1972 in %	Mill. DM	Veränderung gegenüber 1973 in %	Mill. DM	Veränderung gegenüber dem 1. Quartal 1974 in %
Stand am Jahresanfang	7 331,7	+ 12,9	7 831,8	+ 6,8	8 653,7	+ 10,5
Einzahlungen	4 507,2	+ 1,9	5 120,0	+ 13,6	1 637,6	+ 20,6
Auszahlungen	4 558,2	+ 16,7	4 804,6	+ 5,4	1 312,1	- 4,1
Überschuß der Einzahlungen	- 51,0	.	315,4	.	325,5	.
Zinsgutschriften	428,5	+ 33,3	506,5	+ 18,2	3,5	+ 2,9
Stand am Jahres-(Quartals-)ende	7 831,8 <sup>a</sup>	+ 6,8	8 653,7	+ 10,5	8 982,7	+ 14,8
darunter öffentliche Einlagen	325,4	- 8,5	289,9	- 10,9	292,2	- 8,2

a) die Differenz des Bestandes gegenüber dem Saldo der einzelnen Veränderungen beruht auf einem Wechsel im Berichtskreis

wärtigen Flaute am Bankenkreditmarkt auch wieder auszuleihen. Für eine zusätzliche Geldschöpfung zur Ankurbelung der Wirtschaftskonjunktur, wie dies mit der stufenweisen Zurücknahme des Diskontsatzes der Deutschen Bundesbank von 7,0% im Oktober 1974 auf 4,5% im Mai 1975<sup>2</sup> beabsichtigt ist, wird dann weniger Spielraum bleiben, weil von den Instituten zunächst einmal diejenigen Mittel verliehen würden, die kurz zuvor aus dem Geldkreislauf ausgeschieden sind. Die Diskontpolitik erwiese sich unter diesen Umständen als eine stumpfe Waffe.

#### Anteil der prämienbegünstigten Einlagen erheblich gestiegen

Im Gegensatz zur Gesamtheit der Spareinlagen, die zu einem erheblichen Teil nur kurzfristig, d. h. mit gesetzlicher Kündigungsfrist bei den Instituten angelegt ist, bleiben die nach dem Sparprämiengesetz eingezahlten Beträge weitgehend dem Zugriff des Sparerers entzogen, solange die Festlegungsfrist noch nicht abgelaufen ist. Eine vorzeitige Kündigung zieht bekanntlich den Verlust der Sparprämien nach sich. Die Festlegungsfrist beträgt nach der derzeit gültigen Fassung des Gesetzes<sup>3</sup> sieben Jahre. Da die Sparer häufig Verträge mit festgelegten Sparraten über die gesamte Laufzeit abgeschlossen haben, sind beim Prämiensparen die Schwankungen im Sparverhalten nicht so ausgeprägt, wie oben dargestellt. Insbesondere ist ein abrupter Rückgang der Sparbeträge kaum denkbar.

Prämienbegünstigte Einlagen 1973 bis 1974

Jahresende	Spareinlagen insgesamt		darunter prämienbegünstigt		
	Mill. DM	jährliche Zunahme in %	Mill. DM	jährliche Zunahme in %	Einlage in % von Sp. 1
1972	7 332	+ 12,9	821	+ 14,8	11,2
1973	7 832	+ 6,8	1 110	+ 35,2	14,2
1974	8 654	+ 10,5	1 318	+ 18,7	15,2

Im Jahre 1973 wurden keine Ratensparverträge zur Auszahlung fällig, weil sich die Verlängerung der Festlegungsfrist um 1 Jahr aufgrund der Neufassung des Sparprämiengesetzes von 1967 voll auswirkte. Da außerdem im Jahr 1973 allgemein die höher verzinslichen und längerfristigen Einlagen stärker bevorzugt wurden<sup>4</sup>, nahm der Anteil der prämienbegünstigten Spareinlagen an den gesamten Spareinlagen

2) am 12. 9. 1975 auf 3,5 % gesenkt

3) vom 28. 8. 1974 (BGBl. I S. 2110)

4) vergleiche hierzu den Jahresbericht des Sparkassen- und Giroverbandes Schleswig-Holstein von 1973, S. 23

überdurchschnittlich zu. Er erhöhte sich von 11,2% um 3 Prozentpunkte auf 14,2%; im Jahre 1974 dehnte er sich noch einmal um einen Punkt auf 15,2% aus. Dies bedeutet, daß der Bestand an prämienbegünstigten Einlagen innerhalb von zwei Jahren von 821 Mill. DM auf 1 318 Mill. DM oder um 61% gestiegen ist. Im gleichen Zeitraum betrug die Zuwachsrates der gesamten Spareinlagen dagegen nur 18%. Eine getrennte Darstellung von Ein- und Auszahlungen sowie Zinsgutschriften ist für das prämienbegünstigte Spargeschäft mangels geeigneter Unterlagen nicht möglich. Es muß jedoch davon ausgegangen werden, daß infolge der langen Laufzeit der Prämiensparverträge und des damit verbundenen höheren Zinssatzes die Entwicklung der Guthaben in stärkerem Umfang von Zinsgutschriften beeinflusst wird als beim allgemeinen Spargeschäft. Während der Hochzinsperiode 1973/74 wurden von den Kreditinstituten auf prämienbegünstigte Spareinlagen im allgemeinen etwa 7 bis 7 1/4% Zinsen gezahlt gegenüber nur 5% für "gewöhnliche" Einlagen mit gesetzlicher Kündigungsfrist.

Die vom Bund aus Steuermitteln gezahlten Sparprämien sind in der Bankenstatistik nicht enthalten. Ihr Umfang wird sich zwangsläufig mit der Expansion des begünstigten Sparens weiter erhöhen und den Bundeshaushalt in immer stärkerem Umfang belasten. Der Regierungsentwurf zum Bundeshaushaltsplan 1975 sieht bereits Ausgaben zur Förderung der Vermögensbildung nach dem Sparprämiengesetz im gesamten Bundesgebiet in Höhe von 1,9 Mrd. DM vor<sup>5</sup>. Um diese Ausgaben nicht ins Uferlose wachsen und die Förderung denjenigen zukommen zu lassen, für die das Sparen wirklich mit einem Konsumverzicht verbunden ist, wird das prämienbegünstigte Sparen vom 1. 1. 1975 an auf die unteren und mittleren Einkommenschichten konzentriert. Sparprämien (wie übrigens auch Bausparprämien) werden von diesem Zeitpunkt an nur noch bis zu einer bestimmten Einkommensgrenze gewährt. Sie beläuft sich bei Ledigen auf 24 000 DM, bei Verheirateten auf 48 000 DM jährlich; für jedes Kind erhöht sich die Grenze um 1 800 DM. Es bleibt abzuwarten, wie sich das prämienbegünstigte Vertragssparen weiter entwickeln wird. Wahrscheinlich wird auf längere Sicht eine gewisse Abschwächung dieser besonderen Form des Spargeschäfts eintreten.

#### Großbanken mit erhöhtem Einlagenanteil

Die Verteilung der Einlagen auf Bankengruppen ist in den letzten zwei Jahren unter

5) siehe hierzu Finanzbericht 1975, herausgegeben vom Bundesministerium der Finanzen, Bonn, S. 146

Die Verteilung der Spareinlagen auf die Bankengruppen  
1973 bis 1974

Beträge in Millionen DM

Jahresende	Spar- kassen	Groß- banken	Regional- banken	Kredit- genossen- schaften	Übrige	Alle Banken- gruppen
1972	4 470	651	982	1 116	113	7 332
1973	4 683	738	997	1 299	115	7 832
1974	5 171	846	1 067	1 443	127	8 654

Veränderung von 1973 bis 1974 in %

+ 10,4	+ 14,7	+ 7,0	+ 11,1	+ 10,4	+ 10,5
--------	--------	-------	--------	--------	--------

Verteilung der Einlagen in %

1972	61,0	8,9	13,4	15,2	1,5	100
1973	59,8	9,4	12,7	16,6	1,5	100
1974	59,8	9,8	12,3	16,7	1,5	100

1) Erfasst sind diejenigen Kreditgenossenschaften, deren Bilanzsumme am 31. 12. 1967 mindestens 5 Mill. DM betrug; ab Dezember 1973 sind es diejenigen, deren Bilanzsumme am 31. 12. 1972 10 Mill. DM und mehr betrug, sowie kleinere Institute, die am 30. 11. 1973 bereits be-richtspflichtig waren

anderem durch den erweiterten Berichtskreis der Kreditgenossenschaften beeinflusst worden. Diese Genossenschaften werden nur zum Teil in die Statistik einbezogen, nämlich dann, wenn ihre Bilanzsumme eine gewisse Höhe erreicht hat. Die Grenze wurde ab Dezember 1973 von 5 Mill. DM auf 10 Mill. DM neu festgesetzt, wobei als Bilanzstichtag der 31. 12. 1972 maßgebend war. Die Zahl der einbezogenen Genossenschaften erhöhte sich damit auf 88 und beträgt nunmehr gut ein Drittel aller in Schleswig-Holstein vorhandenen Unternehmen dieser Gruppe. Die methodische Veränderung brachte zwangsläufig eine Aus-

weitung des Anteils an den Spareinlagen mit sich. Die Kreditgenossenschaften vereinigten Ende 1973 16,6% aller Einlagen auf sich gegenüber 15,2% zu Beginn des Jahres.

Dagegen mußten die Sparkassen im Laufe des Jahres 1973 einen weiteren Rückgang ihres Einlagenanteils von 61,0% auf 59,8% hinnehmen. Der oben beschriebene Einfluß methodischer Art reicht nicht aus, um den Rückgang des Anteils der Sparkassen zu erklären. Die Entwicklung zeigt vielmehr, daß auch im Jahre 1973 die schon seit Jahren festgestellte Abnahme des Anteils am Spar-geschäft angehalten hat. Die Groß- und Regionalbanken haben während des Jahres 1973 ihren Marktanteil von 22% am gesamten Spargeschäft halten können; jedoch sind zwischen den beiden Arten von Kreditbanken nicht unerhebliche Verschiebungen eingetreten. Die Großbanken konnten das Geschäft über-durchschnittlich ausweiten, während die Re-gionalbanken sich mit einer recht geringen Wachstumsrate begnügen mußten und ihr Anteil am Gesamtspargeschäft sogar zurück-ging.

Auch im Jahre 1974 hielt die gegenläufige Entwicklung unter den Kreditbanken an. Da-gegen hat sich der Anteil der Sparkassen erstmals seit 1963 nicht mehr vermindert. Ebenso blieben bei den Kreditgenossenschaften und bei den übrigen Instituten die Anteile am Spargeschäft unverändert.

Klaus Scheithauer

Vergleiche auch: "Die Entwicklung der Spareinlagen in den Jahren 1970 bis 1972" in dieser Zeitschrift 1973, S. 92 (April)

## Erkrankungen an Hepatitis infectiosa 1962 bis 1974

Seit 1962 gehört die Hepatitis infectiosa (Gelbsucht) zu den meldepflichtigen Krankheiten nach dem Bundes-Seuchengesetz von 1961. Somit liegen heute für einen Zeitraum von 13 Jahren Zahlen über die Erkrankungen und gemeldeten Sterbefälle dieser Krankheit vor. Sie umfassen sowohl die Hepatitis epidemica (Hepatitis A) als auch die Serumhepatitis (Hepatitis B).

Die Erkrankungszahlen erreichten in Schleswig-Holstein in den Jahren 1973 und 1974 mit 866 und 727 Fällen ihren bisher höchsten Stand. Auch im gesamten Bundesgebiet übertrafen die für 1973 registrierten 25 900 Erkrankungen alle bisher ermittelten Zahlen. Die Kurve der seit 1962 gemeldeten Hepatitis-erkrankungen zeigt keinen einheitlichen Verlauf. Ab 1966 bewegt sie sich auf einem höheren

Niveau als in den 4 Jahren davor. Dies kann unter Umständen schon mit einer besseren Erfassung der Krankheitsfälle nach Aufnahme der Hepatitis infectiosa als neuer melde-pflichtiger Krankheit zu erklären sein. Auf-fallend ist die bereits erwähnte Spitze der Erkrankungsfälle im Jahr 1973, die sowohl in Schleswig-Holstein wie auch in den zusammengefaßten Zahlen für das ganze Bundesgebiet zu erkennen ist. Mit diesen 866 Erkrankungen liegt sie in Schleswig-Holstein um fast die Hälfte und im Bundesgebiet bei insgesamt 25 900 Erkrankungen um fast 20% über dem durchschnittlichen Niveau der Jahre 1966 bis 1972.

Im Jahr 1974 fiel dann die Zahl der Erkrankungen auf insgesamt 727 und lag um 16% unter dem erwähnten Vorjahreshöchststand.

Erkrankungen an Hepatitis infectiosa 1962 bis 1974

Jahr	Erkrankungen			
	Schleswig-Holstein		Bundesgebiet	
	Anzahl	je 100 000 Einwohner	Anzahl	je 100 000 Einwohner
1962	442	19	14 708	26
1963	356	15	14 077	24
1964	413	17	17 126	29
1965	382	16	19 759	33
1966	564	23	21 472	36
1967	686	28	21 328	36
1968	598	24	20 938	35
1969	612	24	21 024	34
1970	507	20	21 770	36
1971	570	23	22 738	37
1972	592	23	23 321	38
1973	866	34	25 900	42
1974	727	28	22 597	36

Die Ziffer für das Bundesgebiet - sie liegt während des gesamten beobachteten Zeitraums in jedem Jahr über der Schleswig-Holsteins - erreichte 1973 den Stand von 42 Erkrankungen je 100 000 Einwohner. In den einzelnen Ländern ist die Krankheitsentwicklung nicht einheitlich. Einen ähnlichen auffälligen Anstieg der Ziffern im Jahre 1973 sehen wir in den drei Stadtstaaten, in Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und in gewissem Grade auch in Hessen. Allerdings haben diese Länder mit Ausnahme Niedersachsens schon seit Jahren weitaus höhere Morbiditätsziffern als Schleswig-Holstein. Auch die süddeutschen Länder weisen bereits seit Mitte der 60er Jahre Erkrankungsziffern aus, deren Höhe in Schleswig-Holstein erst 1973 erreicht wurde.

Im Bundesgebiet ist ebenfalls 1974 ein Rückgang zu verzeichnen. Er beträgt hier 13%. Die Zahl von 302 Erkrankungen in Schleswig-Holstein im ersten Halbjahr 1975 läßt die Vermutung zu, daß die hohe Erkrankungszahl von 1973 nicht wieder erreicht wird - auch wenn man berücksichtigt, daß die Erkrankungszahlen des 2. Halbjahres jeweils über denen des 1. Halbjahres liegen.

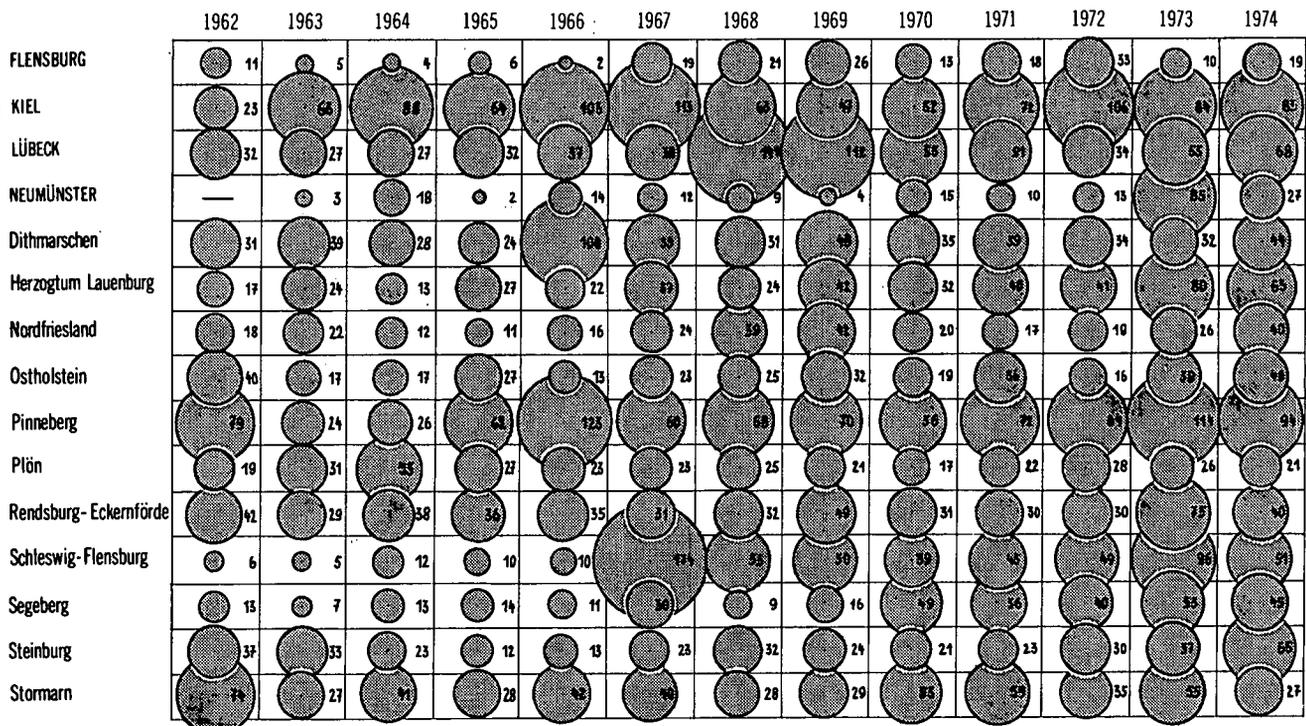
Die Zahlen der im Rahmen der Statistik der Todesursachen gemeldeten Sterbefälle an Hepatitis sind relativ niedrig. Für den gesamten Zeitraum von 13 Jahren waren es 28 (Bund - nur bis 1973 -: 1 032). Wie weit Spätfolgen von Hepatitis-erkrankungen zu anderen Sterbefällen - z. B. zu den jährlich gut 500 Sterbefällen an Krankheiten der Leber (insbesondere Leberzirrhose) - beitragen, lassen die in der Todesursachenstatistik ausgewerteten Angaben der Ärzte in den amtlichen Todesbescheinigungen nicht erkennen.

Die Hepatitis-Morbiditätsziffer (Zahl der Erkrankungen je 100 000 Einwohner) bewegte sich in Schleswig-Holstein seit 1966 zwischen 20 und 28 und stieg 1973 auf den Stand von 34.

Ein großer Teil der Hepatitisfälle erscheint in der im Statistischen Landesamt Schleswig-

D - 4707

Erkrankungen an Hepatitis infectiosa in den Kreisen 1962 bis 1974



Holstein geführten Statistik der "Krankheiten der Krankenhauspatienten in Schleswig-Holstein (Diagnosestatistik)" als stationäre Behandlungsfälle. In dieser Statistik fallen die Hepatitisfälle durch eine sehr lange Pflegedauer auf.

	Pflegetage <sup>1</sup> je Fall infektiöser Hepatitis
1969 (ab 1. 7.)	40,0
1970	38,5
1971	41,2
1972	39,2
1973	35,5

1) Tag der Aufnahme und Entlassung zählen zusammen als ein Pflegetag

Dagegen schwankt die durchschnittliche Verweildauer aller Patienten in den erfaßten Krankenhäusern für Akutkranke - in den 1973 angeschlossenen 37 Krankenhäusern befinden sich ca. 50% aller genehmigten Betten in Akutkrankenhäusern - zwischen 15,4 und 15,8 Pflegetagen.

Das Bild gibt einen Überblick über das Krankheitsgeschehen in den Kreisen des Landes für alle Jahre seit 1962. Es macht deutlich, daß die oben geschilderte Zunahme an Erkrankungsfällen sich bei differenzierter Betrachtung in einer Zunahme der z. T. räumlich begrenzten epidemischen Ausbrüche manifestiert. 1973 häuften sich die Neuerkrankungen - vorwiegend in der 2. Jahreshälfte - insbesondere in der kreisfreien Stadt Neumünster und in den Kreisen Hzgt. Lauenburg, Schleswig-Flensburg, Rendsburg-Eckernförde und Pinneberg. Die kreisfreie Stadt Flensburg sowie die Kreise Nordfriesland, Plön und Dithmarschen blieben von diesem epidemischen Geschehen weitgehend verschont. Im folgenden Jahr ist in den genannten Kreisen mit überdurchschnittlichen Erkrankungszahlen für 1973 ein Abklingen des epidemischen Schubes zu erkennen. Neue über dem bisherigen Niveau liegende Werte ergeben sich für 1974 dagegen in Lübeck und in den Kreisen Nordfriesland und Steinburg.

Gerhard Muske

#### Erläuterungen

Die Quelle ist nur bei Zahlen vermerkt, die nicht aus dem Statistischen Landesamt stammen.

Der Ausdruck "Kreise" steht vereinfachend für "Kreise und kreisfreie Städte".

Differenzen zwischen Gesamtzahl und Summe der Teilzahlen entstehen durch unabhängige Rundung; allen Rechnungen liegen die ungerundeten Zahlen zugrunde.

Bei Größenklassen bedeutet z. B. "1-5": "1 bis unter 5".

Zahlen in ( ) haben eingeschränkte Aussagefähigkeit.

p = vorläufige, r = berichtigte, s = geschätzte Zahl, D = Durchschnitt.

Zeichen anstelle von Zahlen in Tabellen bedeuten:

- = Zahlenwert genau Null

0 = Zahlenwert größer als Null, aber kleiner als die Hälfte der verwendeten Einheit

. = Zahlenwert unbekannt, nicht eingesetzt oder sinnlos

... = Zahlenwert noch nicht bekannt

# STATISTISCHE MONATSHEFTE SCHLESWIG-HOLSTEIN

27. Jahrgang . . . Heft 9 . . . September 1975

## Schleswig-Holstein im Zahlenspiegel

### Monats- und Vierteljahreszahlen

		1973	1974	1974			1975			
		Monats- durchschnitt		Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli
<b>Bevölkerung und Erwerbstätigkeit</b>										
*Bevölkerung am Monatsende	1 000	2 573	2 583	2 582	2 582	2 585	...	...	...	...
<b>Natürliche Bevölkerungsbewegung</b>										
*Eheschließungen 1)	Anzahl	1 266	1 248	1 778	1 302	1 377	924	1 802	...	...
* je 1 000 Einw. und 1 Jahr		5,9	5,8	8,1	6,1	6,3	4,4	...	...	...
*Lebendgeborene 2)	Anzahl	2 199	2 129	2 305	2 124	2 311	2 089	2 123	...	...
* je 1 000 Einw. und 1 Jahr		10,3	9,9	10,5	10,0	10,5	9,8	...	...	...
*Gestorbene 3) (ohne Totgeborene)	Anzahl	2 693	2 674	2 540	2 477	2 456	2 834	2 735	...	...
* je 1 000 Einw. und 1 Jahr		12,6	12,4	11,6	11,7	11,2	13,3	...	...	...
* darunter im ersten Lebensjahr	Anzahl	48	38	35	60	31	37	26	...	...
* je 1 000 Lebendgeborene		21,7	18,0	15,2	28,2	13,4	17,7	12,2	...	...
*Überschuß der Geborenen (+) oder Gestorbenen (-)	Anzahl	- 494	- 545	- 235	- 353	- 145	- 745	- 612	...	...
* je 1 000 Einw. und 1 Jahr		- 2,3	- 2,5	- 1,1	- 1,7	- 0,7	- 3,5	...	...	...
<b>Wanderungen</b>										
*Über die Landesgrenze Zugezogene	Anzahl	8 280	7 145	7 110	6 057	8 642	...	...	...	...
*Über die Landesgrenze Fortgezogene	Anzahl	6 468	6 204	5 330	5 103	6 049	...	...	...	...
*Wanderungsgewinn (+) oder -verlust (-)	Anzahl	+ 1 812	+ 941	+ 1 780	+ 954	+ 2 593	...	...	...	...
*Innerhalb des Landes Umgezogene 4)	Anzahl	10 318	10 248	9 414	8 785	11 001	...	...	...	...
Wanderungsfälle	Anzahl	25 066	23 597	21 854	19 945	25 692	...	...	...	...
je 1 000 Einw. und 1 Jahr		165	157	143	135	167	...	...	...	...
<b>Arbeitslage</b>										
*Arbeitslose	1 000	14	29	23	21	23	48	43	42	42
darunter *Männer	1 000	8	17	13	12	13	29	26	24	24
Offene Stellen	1 000	20	14	17	16	14	13	13	12	11
darunter für Männer	1 000	13	8	9	9	9	7	7	6	6
<b>Landwirtschaft</b>										
<b>Viehbestand</b>										
*Rindvieh (einschließlich Kälber)	1 000	1 496 <sup>a</sup>	1 507 <sup>a</sup>	.	1 587	.	.	.	1 578	.
darunter *Milchkühe	1 000	504 <sup>a</sup>	495 <sup>a</sup>	.	490	.	.	.	482	.
(ohne Ammen- und Mutterkühe)										
*Schweine	1 000	1 659 <sup>a</sup>	1 567 <sup>a</sup>	.	.	.	1 621	.	.	.
darunter *Zuchtsauen	1 000	168 <sup>a</sup>	168 <sup>a</sup>	.	.	.	163	.	.	.
darunter *trächtig	1 000	111 <sup>a</sup>	111 <sup>a</sup>	.	.	.	107	.	.	.
<b>Schlachtungen von Inlandtieren</b>										
*Rinder (ohne Kälber)	1 000 St.	31	36	32	27	34	35	25	24	32
*Kälber	1 000 St.	1	2	2	1	2	1	1	1	1
*Schweine	1 000 St.	200 <sup>b</sup>	214 <sup>c</sup>	208	190	226	214	196	203	205
darunter *Hausschlachtungen	1 000 St.	7 <sup>b</sup>	7 <sup>c</sup>	4	3	5	5	4	3	3
*Schlachtungsmengen <sup>5)</sup> aus gewerblichen Schlachtungen										
(ohne Geflügel)	1 000 t	24,2	27,2	25,7	23,4	27,4	27,1	23,0	23,4	25,3
darunter *Rinder (ohne Kälber)	1 000 t	8,0	9,5	8,1	7,1	9,0	9,3	6,7	6,3	8,3
*Kälber	1 000 t	0,1	0,1	0,2	0,1	0,2	0,1	0,1	0,1	0,1
*Schweine	1 000 t	16,1	17,5	16,7	16,1	18,1	17,6	16,2	17,0	16,8
<b>Durchschnittliches Schlachtgewicht für</b>										
Rinder (ohne Kälber)	kg	264	270	258	269	270	272	268	265	265
Kälber	kg	95	96	92	92	96	93	91	94	94
Schweine	kg	83	85	82	86	82	84	84	85	83
<b>Geflügel</b>										
Eingelegte Brutoier <sup>6)</sup>	1 000	515	514	526	540	480	633	616	496	421
*für Legehennenküken	1 000	879	956	976	1 183	937	1 120	1 010	1 139	991
*für Masthühnerküken										
*Geflügelfleisch <sup>7)</sup>	1 000 kg	825	755	821	666	821	899	809	785	770
<b>*Milcherzeugung</b>										
1 000 t		181	183	248	225	191	235	250	225	191
darunter *an Meiereien geliefert	%	93	94	94	94	94	94	94	94	94
*Milchleistung je Kuh und Tag	kg	11,8	12,0	16,0	15,0	12,3	15,8	16,3	15,2	12,5

\*) wird von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

1) nach dem Ereignisort

2) nach der Wohngemeinde der Mutter

3) nach der Wohngemeinde des Verstorbenen

4) ohne innerhalb der Gemeinde Umgezogene

5) einschließlich Schlachtfette, jedoch ohne Innereien

6) in Betrieben mit einem Fassungsvermögen von 1 000 und mehr Eiern

7) aus Schlachtungen inländischen Geflügels in Schlachtereien mit einer Schlachtkapazität von 2 000 und mehr Tieren

a) Dezember

b) Winterhalbjahr 1973/74 = 10

c) Winterhalbjahr 1974/75 = 10

noch: Monats- und Vierteljahreszahlen

		1973	1974	1974			1975			
		Monats- durchschnitt		Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli
<b>Industrie und Handwerk</b>										
<b>Industrie<sup>8)</sup></b>										
*Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber)	1 000	187	187	187	187	188	177	177	176	176
darunter *Arbeiter und gewerblich Auszubildende	1 000	138	136	137	136	136	127	126	126	126
*Geleistete Arbeiterstunden	1 000	22 249	21 348	22 275	20 761	18 587	20 407	19 232	18 585	16 621
*Löhne (brutto)	Mill. DM	208,6	228,2	234,8	225,2	251,3	215,2	222,0	224,9	246,1
*Gehälter (brutto)	Mill. DM	97,5	113,3	111,5	115,4	119,5	117,6	119,9	127,6	122,4
*Kohleverbrauch	1 000 t SKE <sup>9)</sup>	28	32	32	32	31	27	27	22	13
*Gasverbrauch (H <sub>0</sub> = 8 400 kcal/cbm)	Mill. cbm	13,8	13,3	12,5	11,2	9,9	16,9	15,2	12,4	11,7
*Stadt-, Kokerei- und Ferngas	Mill. cbm	3,5	3,1	2,6	2,4	2,9	5,2	4,7	3,7	4,4
*Erd- und Erdölgas	Mill. cbm	10,3	10,3	9,9	8,8	7,0	11,8	10,5	8,7	7,3
*Heizölverbrauch	1 000 t	100	96	98	92	86	82	74	71	63
*leichtes Heizöl	1 000 t	21	18	18	15	12	21	17	14	11
*schweres Heizöl	1 000 t	79	78	80	76	75	61	58	57	52
*Stromverbrauch	Mill. kWh	177	178	181	170	167	173	159	156	143
*Stromerzeugung (industrielle Eigenerzeugung)	Mill. kWh	36	37	33	31	37	27	26	27	24
*Umsatz (ohne Mehrwertsteuer) <sup>10)</sup>	Mill. DM	1 436	1 690	1 721	1 746	1 469	1 696	1 754	1 715	1 673
darunter *Auslandsumsatz	Mill. DM	242	318	401	359	242	362	436	309	410
<b>Produktionsindex (arbeitstäglich)</b>										
*Gesamtindustrie	1962=100	184	191	203	211	156	187	198	196	147
*Bergbau	1962=100	100	85	87	83	81	79	78	77	78
*Grundstoff- und Produktionsgüterindustrie	1962=100	200	200	226	239	181	178	181	209	140
*Investitionsgüterindustrie	1962=100	206	234	246	249	172	247	274	244	181
*Verbrauchsgüterindustrie	1962=100	220	208	219	228	153	204	214	211	144
*Nahrungs- und Genussmittelindustrie	1962=100	139	142	148	155	128	136	139	140	126
außerdem										
Produktionsindex für die Bauindustrie	1962=100	143	137	152	162	107	129	143	139	103
<b>Handwerk (Mehrziffern)<sup>11)</sup></b>										
*Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber) (Ende des Vierteljahres)	30.9.1970=100	96,7	92,3		92,0				88,6	
*Gesamtumsatz (einschließlich Mehrwertsteuer)	Vj. -D 1970=100	132,2	132,4		127,3				134,8	
<b>Öffentliche Energieversorgung</b>										
*Stromerzeugung (brutto)	Mill. kWh	290	300	241	206	224	209	264	329	265
*Stromverbrauch (einschließlich Verluste)	Mill. kWh	582	601	566	498	516	639	562	502	499
*Gaserzeugung (brutto) (H <sub>0</sub> = 8 400 kcal/cbm)	Mill. cbm	10	7	6	4	4	7	5	3	3
<b>Bauwirtschaft und Wohnungswesen</b>										
<b>Bauhauptgewerbe (nach der Totalerhebung hochgerechnet) (ab März 1975 vorläufige Zahlen)</b>										
*Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber)	Anzahl	61 242	55 689	56 832	56 682	57 091	48 752	49 573	50 309	50 702
*Geleistete Arbeitsstunden	1 000	7 906	7 268	8 274	7 501	6 289	6 841	6 537	6 657	5 685
darunter für										
*Wohnungsbauten	1 000	3 576	3 018	3 393	3 127	2 361	2 662	2 545	2 633	2 097
*gewerbliche und industrielle Bauten	1 000	1 342	1 186	1 374	1 241	1 024	1 150	1 087	1 139	982
*Verkehrs- und öffentliche Bauten	1 000	2 790	2 845	3 239	2 898	2 719	2 819	2 708	2 652	2 396
*Löhne (brutto)	Mill. DM	90,2	88,4	103,5	94,1	82,3	81,6	88,1	87,3	79,0
*Gehälter (brutto)	Mill. DM	11,3	12,1	11,9	12,4	12,5	10,9	11,6	12,5	11,9
*Umsatz (ohne Mehrwertsteuer)	Mill. DM	282,0	274,0	225,2	302,2	330,3	197,4	198,2	247,6	236,4

\*) wird von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

8) Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten; ohne Bauindustrie und ohne öffentliche Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke

9) eine t Steinkohle-Einheit (SKE) = 1 t Steinkohle/-briketts = 1,03 t Steinkohlenkoks = 1,45 t Braunkohlenbriketts = 3,85 t Rohbraunkohle

10) ohne Umsatz in Handelsware und ohne Erlöse aus Nebengeschäften

11) ohne handwerkliche Nebenbetriebe

noch: Monats- und Vierteljahreszahlen

		1973	1974	1974			1975			
		Monats- durchschnitt		Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli
<b>noch: Bauwirtschaft und Wohnungswesen</b>										
<b>Baugenehmigungen</b>										
*Wohngebäude (nur Neu- und Wiederaufbau)	Anzahl	946	728	918	893	835	725	732	608	766
darunter *mit 1 und 2 Wohnungen	Anzahl	853	674	852	825	787	673	685	570	721
*umbauter Raum	1 000 cbm	1 018	733	821	851	767	717	647	554	748
*veranschlagte reine Baukosten	1 000 DM	177 561	135 136	152 282	160 505	144 460	138 233	123 331	109 972	148 496
*Wohnfläche	1 000 qm	193	134	148	155	140	132	120	98	137
*Nichtwohngebäude (nur Neu- und Wiederaufbau)	Anzahl	176	152	159	147	177	174	152	161	191
*umbauter Raum	1 000 cbm	775	568	518	505	583	771	611	696	748
*veranschlagte reine Baukosten	1 000 DM	90 227	75 973	76 218	64 797	70 967	101 221	81 606	117 812	75 599
*Nutzfläche	1 000 qm	141	104	98	95	111	126	110	120	142
*Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	2 305	1 634	1 795	1 898	1 595	1 526	1 381	1 107	1 501
<b>Baufertigstellungen</b>										
Wohnungen	Anzahl	2 937	2 295	845	863	985	784	919	635	1 183
Wohnräume <sup>12)</sup>	Anzahl	11 336	9 637	3 744	3 785	4 219	3 551	4 036	2 939	5 279
<b>Handel und Gastgewerbe</b>										
<b>Ausfuhr</b>										
*Ausfuhr insgesamt	Mill. DM	279,8	367,5	437,1	274,6	315,7	374,6	562,2	381,6	...
davon Güter der										
*Ernährungswirtschaft	Mill. DM	32,5	47,0	47,2	31,1	42,3	49,7	42,6	44,9	...
*gewerblichen Wirtschaft	Mill. DM	247,3	320,5	389,9	243,6	273,4	324,9	519,6	336,6	...
davon *Rohstoffe	Mill. DM	5,9	8,2	8,0	6,1	9,3	8,9	13,1	9,1	...
*Halbwaren	Mill. DM	19,7	47,5	90,3	18,7	53,8	43,0	29,9	29,0	...
*Fertigwaren	Mill. DM	221,7	264,8	291,7	218,7	210,3	273,0	476,5	298,5	...
davon *Vorerzeugnisse	Mill. DM	21,0	28,9	31,9	31,2	29,6	24,0	27,4	22,6	...
*Enderzeugnisse	Mill. DM	200,7	235,9	259,8	187,6	180,6	249,0	449,1	275,9	...
nach ausgewählten Verbrauchsländern										
*EG-Länder	Mill. DM	122,3	169,4	189,2	122,9	172,3	119,2	138,9	170,3	...
darunter Italien	Mill. DM	22,9	23,0	27,8	18,7	22,4	17,6	17,2	15,3	...
Niederlande	Mill. DM	25,6	46,3	32,8	26,5	45,9	33,5	31,8	36,7	...
Dänemark	Mill. DM	22,0	33,9	49,9	22,0	29,1	30,8	30,6	48,5	...
Großbritannien	Mill. DM	18,4	25,2	34,4	19,4	29,5	28,1	26,3	31,9	...
*EFTA-Länder	Mill. DM	65,4	58,2	100,6	36,3	43,0	55,4	131,1	95,6	...
darunter Norwegen	Mill. DM	27,5	8,4	5,9	4,5	4,8	11,5	4,9	6,6	...
Schweden	Mill. DM	19,0	26,0	71,4	11,4	14,8	20,5	105,1	70,3	...
*Index der Einzelhandelsumsätze (einschließlich Mehrwertsteuer)	1970=100	133,6	141,2	142,3	r 134,3	150,3	152,2	r 155,9	152,2	...
*Index der Gastgewerbeumsätze (einschließlich Mehrwertsteuer)	1970=100	119,2	136,0	135,6	r 175,1	r 214,5	116,8	163,2	183,4	...
<b>Fremdenverkehr in 134 Berichtsgemeinden</b>										
*Fremdenmeldungen	1 000	200	210	212	338	523	p 135	p 245	p 364	...
darunter *von Auslandsgästen	1 000	18	17	19	22	44	p 15	p 20	p 24	...
*Fremdenübernachtungen	1 000	1 659	1 724	1 151	2 927	5 593	p 645	p 1 329	p 3 133	...
darunter *von Auslandsgästen	1 000	37	36	34	48	94	p 26	p 34	p 47	...
<b>Verkehr</b>										
<b>Seeschifffahrt<sup>13)</sup></b>										
Güterempfang	1 000 t	1 121	1 189	1 221	1 212	1 148	...	...	...	...
Güterversand	1 000 t	399	518	485	540	481	...	...	...	...
<b>Binnenschifffahrt</b>										
*Güterempfang	1 000 t	236	231	238	235	241	204	211	184	195
*Güterversand	1 000 t	327	296	331	318	283	209	219	217	244
*Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	7 522	6 282	7 925	6 218	6 347	10 623	9 284	8 651	...
darunter Krafträder (einschließlich Motorroller)	Anzahl	92	80	148	110	103	208	226	181	...
*Personenkraftwagen <sup>14)</sup>	Anzahl	6 693	5 585	7 132	5 448	5 645	9 589	8 420	7 690	...
*Lastkraftwagen	Anzahl	386	294	349	329	302	328	282	306	...
<b>Straßenverkehrsunfälle</b>										
*Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	1 428	1 293	1 374	1 365	1 211	1 153	1 401	p 1 447	p 1 499
*Getötete Personen	Anzahl	61	55	56	55	50	49	42	p 56	p 68
*Verletzte Personen	Anzahl	1 891	1 698	1 761	1 864	1 657	1 505	1 859	p 1 969	p 2 146

\*) wird von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

12) Zimmer mit 6 und mehr qm Fläche und alle Küchen

13) ohne Eigengewichte der als Verkehrsmittel im Fährverkehr transportierten Eisenbahn- und Straßenfahrzeuge

14) einschließlich Kombinationskraftwagen

noch: Monats- und Vierteljahreszahlen

		1973	1974	1974			1975			
		Monats- durchschnitt <sup>d)</sup>		Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli
<b>Geld und Kredit</b>										
<b>Kredite und Einlagen<sup>15)</sup></b>										
*Kredite 16) an Nichtbanken insgesamt (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)	Mill. DM	23 133	24 984	23 740	24 135	24 090	25 497	25 622	26 066	26 270
darunter										
*Kredite 16) an inländische Nichtbanken	Mill. DM	22 352	24 024	22 954	23 339	23 258	24 540	24 605	24 965	25 066
*kurzfristige Kredite (bis zu 1 Jahr)	Mill. DM	4 903	5 176	5 060	5 391	5 146	5 094	5 056	5 255	5 077
*an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	4 882	5 147	5 041	5 364	5 130	5 044	5 012	5 195	4 975
*an öffentliche Haushalte	Mill. DM	21	29	19	27	16	49	45	60	103
*mittelfristige Kredite (1 bis 4 Jahre)	Mill. DM	2 068	2 215	2 034	2 041	2 078	2 180	2 185	2 195	2 232
*an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	1 925	2 028	1 895	1 905	1 940	1 975	1 971	1 981	2 008
*an öffentliche Haushalte	Mill. DM	143	187	139	135	138	205	214	215	224
*langfristige Kredite (mehr als 4 Jahre)	Mill. DM	15 382	16 633	15 860	15 907	16 034	17 266	17 364	17 514	17 757
*an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	12 934	13 944	13 385	13 424	13 520	14 388	14 426	14 501	14 705
*an öffentliche Haushalte	Mill. DM	2 448	2 689	2 474	2 483	2 514	2 878	2 938	3 013	3 052
*Einlagen und aufgenommene Kredite <sup>16)</sup> von Nichtbanken (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)	Mill. DM	18 446	20 182	18 747	18 757	19 054	20 419	20 557	20 453	20 687
*Sichteinlagen und Termingelder	Mill. DM	10 614	11 529	10 891	10 881	11 156	11 164	11 113	10 905	10 988
*von Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	6 645	7 374	6 887	6 873	7 049	7 054	6 921	6 891	6 995
*von öffentlichen Haushalten	Mill. DM	3 969	4 155	4 004	4 008	4 107	4 109	4 193	4 015	3 993
*Spareinlagen	Mill. DM	7 832	8 654	7 856	7 876	7 898	9 256	9 443	9 547	9 699
*bei Sparkassen	Mill. DM	4 686	5 169	4 694	4 704	4 723	5 437	5 545	5 599	5 650
*Gutschriften auf Sparkontén (einschließlich Zinsgutschriften)	Mill. DM	411	469	380	363	526	680	563	521	...
*Lastschriften auf Sparkontén	Mill. DM	380	400	348	343	504	407	375	417	...
<b>Zahlungsschwierigkeiten</b>										
*Konsurse (eröffnete und mangels Masse abgelehnte)	Anzahl	16	21	14	14	21	23	18	27	27
*Vergleichsverfahren	Anzahl	1,3	1,9	2	1	3	4	4	3	1
*Wechselproteste (ohne die bei der Post)	Anzahl	437	494	470	495	499	...	...	...	...
*Wechselsumme	Mill. DM	1,541	3,945	12,825	9,858	1,900	...	...	...	...
<b>Steuern im Vierteljahr</b>										
<b>Steueraufkommen nach Steuerarten</b>										
*Gemeinschaftssteuern	1 000 DM	373 472	426 990	.	1 171 388	.	.	.	1 134 668	.
*Steuern vom Einkommen	1 000 DM	278 599	323 334	.	880 807	.	.	.	865 070	.
*Lohnsteuer 17)	1 000 DM	186 403	220 801	.	602 691	.	.	.	556 251	.
*veranlagte Einkommensteuer	1 000 DM	72 222	79 352	.	223 482	.	.	.	238 337	.
*nichtveranlagte Steuern vom Ertrag	1 000 DM	2 004	2 462	.	5 330	.	.	.	5 966	.
*Körperschaftsteuer 17)	1 000 DM	17 970	20 719	.	49 304	.	.	.	64 515	.
*Steuern vom Umsatz	1 000 DM	94 873	103 656	.	290 581	.	.	.	269 598	.
*Umsatzsteuer	1 000 DM	68 131	67 757	.	183 693	.	.	.	183 724	.
*Einfuhrumsatzsteuer	1 000 DM	26 742	35 899	.	106 888	.	.	.	85 873	.
*Bundessteuern	1 000 DM	116 332	90 245	.	354 433	.	.	.	90 196	.
*Zölle	1 000 DM	10 676	10 146	.	30 936	.	.	.	402	.
*Verbrauchssteuern (ohne Biersteuer)	1 000 DM	99 163	72 545	.	301 055	.	.	.	78 956	.
*Landessteuern	1 000 DM	30 039	31 533	.	96 666	.	.	.	97 854	.
*Vermögensteuer	1 000 DM	5 700	6 842	.	19 690	.	.	.	18 810	.
*Kraftfahrzeugsteuer	1 000 DM	17 414	17 958	.	55 065	.	.	.	58 418	.
*Biersteuer	1 000 DM	951	986	.	2 859	.	.	.	2 831	.
*Gemeindesteuern	1 000 DM	187 078 <sup>+</sup>	208 162 <sup>+</sup>	.	206 268	.	.	.	221 333	.
*Grundsteuer A 18)	1 000 DM	7 114 <sup>+</sup>	7 101 <sup>+</sup>	.	7 394	.	.	.	8 104	.
*Grundsteuer B 19)	1 000 DM	26 496 <sup>+</sup>	25 830 <sup>+</sup>	.	25 867	.	.	.	30 736	.
*Gewerbesteuer				.		.	.	.		.
nach Ertrag und Kapital (brutto) <sup>20)</sup>	1 000 DM	121 447 <sup>+</sup>	140 023 <sup>+</sup>	.	139 196	.	.	.	146 037	.
*Lohnsummensteuer	1 000 DM	15 929 <sup>+</sup>	17 983 <sup>+</sup>	.	16 667	.	.	.	17 160	.
<b>Steuerverteilung auf die Gebietskörperschaften</b>										
*Steuereinnahmen des Bundes	1 000 DM	296 497	292 702	.	907 014	.	.	.	622 061	.
*Anteil an den Steuern vom Einkommen	1 000 DM	110 391	127 619	.	346 109	.	.	.	339 399	.
*Anteil an den Steuern vom Umsatz	1 000 DM	61 668	65 303	.	183 066	.	.	.	167 151	.
*Anteil an der Gewerbesteuerumlage	1 000 DM	8 106	9 535	.	23 406	.	.	.	25 314	.
*Steuereinnahmen des Landes	1 000 DM	232 862	258 394	.	697 289	.	.	.	693 692	.
*Anteil an den Steuern vom Einkommen	1 000 DM	129 683	150 765	.	410 894	.	.	.	405 944	.
*Anteil an den Steuern vom Umsatz 21)	1 000 DM	65 034	66 561	.	166 323	.	.	.	164 580	.
*Anteil an der Gewerbesteuerumlage	1 000 DM	8 106	9 535	.	23 406	.	.	.	25 314	.
*Steuereinnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände	1 000 DM	250 030 <sup>+</sup>	285 639 <sup>+</sup>	.	281 398	.	.	.	311 511	.
*Gewerbesteuer				.		.	.	.		.
nach Ertrag und Kapital (netto) <sup>22)</sup>	1 000 DM	72 809 <sup>+</sup>	82 811 <sup>+</sup>	.	92 385	.	.	.	95 409	.
*Anteil an der Lohn- und veranlagten Einkommensteuer	1 000 DM	111 589 <sup>+</sup>	134 689 <sup>+</sup>	.	121 941	.	.	.	140 807	.

Schluß: Monats- und Vierteljahreszahlen

		1973	1974	1974			1975			
		Monats- durchschnitt		Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli
<b>Preise</b>										
<b>Preisindexziffern im Bundesgebiet</b>										
Einfuhrpreise	1970=100	112,6	144,8	143,9	143,0	143,7	140,0	139,2	138,4	...
Ausfuhrpreise	1970=100	112,3	131,4	130,5	131,7	133,2	136,4	136,2	136,0	...
Grundstoffpreise <sup>23)</sup>	1970=100	115,3	137,4	138,4	137,2	137,4	136,4	136,1	135,9	...
Erzeugerpreise										
industrieller Produkte <sup>23)</sup>	1970=100	114,1	129,4 <sup>f</sup>	129,1	129,3	130,8	135,3	135,4	135,4	135,5
landwirtschaftlicher Produkte <sup>23)</sup>	1961/63=100	118,7 <sup>e</sup>	118,8 <sup>f</sup>	114,0	113,2	111,6	124,2 <sup>p</sup>	125,9 <sup>p</sup>	128,4	...
*Preisindex für Wohngebäude, Bauleistungen am Gebäude <sup>24)</sup>	1962=100	187,1	200,8	202,2	.	.	.	207,0	.	.
Einkaufspreise landwirtschaftlicher Betriebsmittel (Ausgabenindex) <sup>23)</sup>	1962/63=100	127,3 <sup>e</sup>	139,8 <sup>f</sup>	143,3	143,2	143,1	151,5	152,7	153,4	...
Einzelhandelspreise	1970=100	117,0	125,9	125,4	126,4	126,6	133,1	133,8	134,8	134,7
*Preisindex für die Lebenshaltung <sup>25)</sup>	1970=100	118,8	127,1	126,7	127,2	127,5	133,6	134,4	135,4	135,4
darunter für										
*Nahrungs- und Genußmittel	1970=100	118,0	123,6	124,3	124,8	124,1	129,3	130,9	132,7	132,2
Kleidung, Schuhe	1970=100	120,7	129,7	129,0	129,3	129,8	135,5	135,9	136,1	136,1
Wohnungsmieten	1970=100	119,2	125,1	124,7	125,0	125,5	132,0	133,0	133,8	134,1
Elektrizität, Gas, Brennstoffe	1970=100	128,2	149,8	144,8	144,8	147,0	159,1	158,8	162,5	164,9
übrige Waren und Dienstleistungen für die Haushaltsführung	1970=100	114,3	123,1	122,0	122,8	122,7	130,9	130,9	131,0	130,6
<b>Löhne und Gehälter <sup>26)</sup></b>										
<b>Arbeiter in Industrie und Hoch- und Tiefbau</b>										
Bruttowochenverdienste										
*männliche Arbeiter	DM	402	429	.	.	437	443	.	.	...
darunter *Facharbeiter	DM	426	455	.	.	464	468	.	.	...
*weibliche Arbeiter	DM	241	273	.	.	279	283	.	.	...
darunter *Hilfsarbeiter	DM	232	263	.	.	271	272	.	.	...
Bruttostundenverdienste										
*männliche Arbeiter	DM	9,11	9,85	.	.	10,04	10,34	.	.	...
darunter *Facharbeiter	DM	9,67	10,40	.	.	10,61	10,84	.	.	...
*weibliche Arbeiter	DM	5,98	6,73	.	.	6,90	7,27	.	.	...
darunter *Hilfsarbeiter	DM	5,75	6,50	.	.	6,67	6,97	.	.	...
Bezahlte Wochenarbeitszeit										
männliche Arbeiter	Std.	44,0	43,4	.	.	43,6	42,8	.	.	...
weibliche Arbeiter	Std.	40,2	40,5	.	.	40,5	39,0	.	.	...
<b>Angestellte, Bruttomonatsverdienste</b>										
<b>in Industrie und Hoch- und Tiefbau</b>										
Kaufmännische Angestellte										
*männlich	DM	2 009	2 226	.	.	2 245	2 377	.	.	...
*weiblich	DM	1 355	1 512	.	.	1 541	1 627	.	.	...
Technische Angestellte										
*männlich	DM	2 196	2 432	.	.	2 488	2 583	.	.	...
*weiblich	DM	1 321	1 501	.	.	1 519	1 595	.	.	...
<b>in Handel, Kredit und Versicherungen</b>										
Kaufmännische Angestellte										
*männlich	DM	1 796	1 948	.	.	1 980	2 058	.	.	...
*weiblich	DM	1 129	1 252	.	.	1 282	1 353	.	.	...
Technische Angestellte										
männlich	DM	1 708	2 193	.	.	2 248	2 231	.	.	...
weiblich	DM	1 384	1 537	.	.	.	(1 538)	.	.	...
<b>in Industrie und Handel zusammen</b>										
Kaufmännische Angestellte										
männlich	DM	1 861	2 041	.	.	2 068	2 165	.	.	...
weiblich	DM	1 184	1 322	.	.	1 352	1 429	.	.	...
Technische Angestellte										
männlich	DM	2 151	2 410	.	.	2 466	2 548	.	.	...
weiblich	DM	1 325	1 502	.	.	1 520	1 594	.	.	...

\*) wird von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

+) = Vierteljahresdurchschnitt

15) Die Angaben umfassen die in Schleswig-Holstein gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute; ohne Landeszentralbank, die Kreditgenossenschaften (Raiffeisen), deren Bilanzsumme am 31.12.1967 weniger als 5 Mill. DM betrug sowie ohne die Postscheck- und Postsparkassenämter

16) einschließlich durchlaufender Kredite

17) nach Berücksichtigung der Einnahmen und Ausgaben aus der Zerlegung

19) einschließlich Grundsteuerbeihilfen für Arbeiterwohnstätten

18) Grundsteuerbeteiligungsbeträge abgeglichen

20) Gewerbesteuerausgleichszuschüsse abgeglichen

21) Umsatzsteuer: Nach der vorläufigen Bemessung der Länderanteile an der Umsatzsteuer gemäß § 2. und § 14 Abs. 1 des Gesetzes über den Finanzausgleich zwischen Bund und Ländern vom 28.8.1969. Einfuhrumsatzsteuer: Abschlagzahlungen gemäß § 2 Abs. 5 der ersten Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über den Finanzausgleich zwischen Bund und Ländern vom 30.1.1970

22) nach Abzug der Gewerbesteuerumlage

23) ohne Umsatz(Mehrwert)steuer

24) nur Neubau

25) alle privaten Haushalte

26) Effektivverdienste

d) Bestandszahlen bei Geld und Kredit: Stand 31.12.

e) Wirtschaftsjahr 1972/73 (Juli-Juni)

f) Wirtschaftsjahr 1973/74 (Juli-Juni)

# Jahreszahlen A

erscheint im monatlichen Wechsel mit B

Jahr	Bevölkerung						Im Erwerbsleben tätige Personen <sup>1)</sup>				
	Einwohner (Jahres- mittel)	Heirats- ziffer	Geburten- ziffer	Sterbe- ziffer	Überschuß der Geborenen oder Gestorbenen (-)	Wande- rungs- gewinn	ins- gesamt	Land- und Forst- wirtschaft	produzie- rendes Gewerbe	Handel und Verkehr	Dienst- leistungen
1970	2 494 <sup>a</sup>	7,5	14,1	13,2	2	24	1 003	115	386	215	286
1971	2 529	7,0	13,3	12,6	2	31	997	110	377	216	293
1972	2 554	6,4	11,5	12,8	- 3	24	1 006	85	395	210	317
1973	2 573	5,9	10,3	12,6	- 6	22	1 017	75	387	223	333
1974	2 583	5,8	9,9	12,4	- 7	11	1 003	65	388	214	336

Jahr	Öffentliche allgemeinbildende Schulen							Volkseinkommen		
	Schüler am 20.9. <sup>2)</sup>			Schulabgänger in %				Bruttoinlandsprodukt		
	Grund-, Haupt- und Sonder- schulen	Real- schulen	Gymnasien	mit weniger als Haupt- schul- abschluß	mit Haupt- schul- abschluß	mit mittlerem Abschluß	mit Abitur	in jeweiligen Preisen		in Preisen von 1962
								Mill. DM	jährliche Zuwachs- rate	
	in 1 000							in %	in Mill. DM	
1970	249	51	50	23	42	24	11	22 878	13,7	17 438
1971	256	56	54	23	42	25	11	25 935 <sup>b</sup>	13,4 <sup>b</sup>	18 257 <sup>b</sup>
1972	262	61	60	22	43	24	11	28 547 <sup>b</sup>	10,1 <sup>b</sup>	18 834 <sup>b</sup>
1973	267	66	65	...	...	...	...	31 811 <sup>b</sup>	11,4 <sup>b</sup>	19 746 <sup>b</sup>
1974	267	72	69	...	...	...	...	34 752 <sup>c</sup>	9,2 <sup>c</sup>	20 399 <sup>c</sup>

Jahr	Landwirtschaft										
	Viehbestand am 3. 12.				Schlachtviehaufkommen aus eigener Erzeugung <sup>5)</sup>		Kuhmilcherzeugung		Ernten in 1 000 t		
	Rinder		Schweine	Hühner <sup>4)</sup>	Rinder	Schweine	1 000 t	kg je Kuh und Jahr	Getreide	Kartoffeln	Zucker- rüben
	insgesamt	darunter Milchkühe <sup>3)</sup>									
	in 1 000			in 1 000							
1970	1 407	493	1 774	4 920	476	2 744	2 139	4 232	1 350	414	565
1971	1 364	477	1 667	4 946	477	2 848	2 085	4 297	1 698	322	596
1972	1 421	498	1 598	5 012	386	2 756	2 137	4 381	1 679	264	611
1973	1 496	504	1 659	4 746	415	2 661	2 166	4 323	1 710	242	628
1974	1 507	495	1 567	4 300	481	2 815	2 196	4 397	1 929	298	637

Jahr	Industrie <sup>6)</sup>											Bauhaupt- gewerbe
	Beschäftigte (Jahresmittel)		Arbeiter- stunden	Löhne	Gehälter	Umsatz <sup>7)</sup>		Energieverbrauch			Produktions- index <sup>9)</sup> 1962=100	
	insgesamt	Arbeiter				Bruttosumme in Mill. DM	insgesamt	Auslands- umsatz	Kohle 1 000 t SKE <sup>8)</sup>	Heizöl		
	in 1 000		in Millionen	Mill. DM	1 000 t					insgesamt	schwer	
									1 000 t			
1970	191	145	289	1 887	799	12 840	1 725	400	1 130	906	163	64
1971	191	143	279	2 084	909	14 365	1 975	312	1 124	895	169	64
1972	188	139	267	2 231	1 020	15 275	2 399	245	1 142	897	172	63
1973	187	138	267	2 503	1 170	17 234	2 904	332	1 201	952	184	63
1974	187	136	256	2 738	1 359	20 285	3 811	380	1 152	932	191	57

1) Ergebnisse der 1%-Mikrozensusserhebungen, ohne Soldaten

2) ohne integrierte Gesamtschulen, und zwar 1972 rund 1 300 Schüler, 1973 rund 1 250 Schüler, 1974 rund 1 600 Schüler

3) ohne Ammen- und Mutterkühe

4) ohne Trut-, Perl- und Zwerghühner

5) gewerbliche und Hausschlachtungen, einschließlich des übergebielichen Versandes, ohne übergebielichen Empfang

6) Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten (monatliche Industrierichterstattung); ohne Bauindustrie und ohne öffentliche Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke

7) ohne Umsatz in Handelsware, ohne Erlöse aus Nebengeschäften und ohne Umsatzsteuer

8) Umrechnungsfaktor für Steinkohleneinheit (SKE): Steinkohle und Steinkohlenbriketts = 1,0; Steinkohlenkoks = 0,97; Braunkohlenbriketts = 0,69

9) arbeitstäglich

10) einschließlich unbezahlter mithelfender Familienangehöriger

a) Ergebnis der Volkszählung vom 27.5.1970

b) vorläufige Ergebnisse

c) erste vorläufige Ergebnisse

## Kreiszahlen

KREISFREIE STADT Kreis	Bevölkerung am 31. März 1975			Bevölkerungsveränderung im März 1975			Kraftfahrzeugbestand am 1. Juli 1975	
	insgesamt	Veränderung gegenüber		Überschuß der Geborenen oder Gestorbenen (-)	Wanderungs-gewinn oder -verlust (-)	Bevölkerungs-zunahme oder -abnahme (-)	insgesamt	Pkw <sup>2)</sup>
		Vormonat	Vorjahres-monat 1)					
in %								
FLensburg	94 444	- 0,1	+ 1,1	- 28	- 41	- 69	27 205	24 844
KIEL	263 303	- 0,2	- 0,6	- 174	- 452	- 626	76 784	70 182
LÜBECK	233 715	- 0,1	- 0,7	- 138	- 51	- 189	64 520	58 297
NEUMÜNSTER	85 559	- 0,0	- 0,8	- 35	- 5	- 40	26 993	24 181
Dithmarschen	131 718	- 0,1	- 0,8	- 84	- 26	- 110	47 951	37 410
Hzgt. Lauenburg	151 147	+ 0,0	+ 0,6	- 25	87	62	50 013	42 454
Nordfriesland	161 278	- 0,1	- 0,1	- 40	- 122	- 162	59 664	47 615
Ostholstein	185 828	- 0,0	+ 0,1	- 88	9	- 79	61 874	51 931
Pinneberg	253 137	- 0,0	+ 0,2	- 35	- 26	- 61	84 161	73 547
Plön	113 464	+ 0,0	+ 0,3	- 32	35	3	42 946	35 512
Rendsburg-Eckernförde	235 645	+ 0,0	+ 0,5	- 73	116	43	84 336	69 287
Schleswig-Flensburg	176 762	+ 0,1	+ 0,6	- 13	196	183	68 370	54 156
Segeberg	192 957	+ 0,1	+ 1,9	- 22	300	278	74 130	62 639
Steinburg	131 089	- 0,1	- 0,9	- 99	- 30	- 129	45 764	36 944
Stormarn	173 057	+ 0,1	+ 1,6	- 77	177	100	60 762	52 866
Schleswig-Holstein	2 583 103	- 0,0	+ 0,1	- 963	167	- 796	875 473	741 865

KREISFREIE STADT Kreis	Industrie <sup>3)</sup>			Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden im Juli 1975 (vorläufige Zahlen)		
	Betriebe am 30. 6. 1975	Beschäftigte am 30. 6. 1975	Umsatz <sup>4)</sup> im Juni 1975 Mill. DM	Unfälle	Getötete <sup>5)</sup>	Verletzte
FLensburg	56	8 415	75	35	3	47
KIEL	141	28 559	245	116	3	151
LÜBECK	140	27 106	181	111	2	135
NEUMÜNSTER	74	9 830	48	51	-	65
Dithmarschen	61	5 999	147	99	8	140
Hzgt. Lauenburg	97	8 748	65	67	5	100
Nordfriesland	46	2 428	41	143	6	223
Ostholstein	75	5 649	50	180	8	266
Pinneberg	224	22 407	176	101	6	149
Plön	37	2 393	19	85	5	129
Rendsburg-Eckernförde	123	11 026	135	119	6	165
Schleswig-Flensburg	67	4 500	85	104	4	172
Segeberg	177	14 251	133	124	7	168
Steinburg	95	9 883	101	70	3	95
Stormarn	134	15 202	213	94	2	141
Schleswig-Holstein	1 547	176 396	1 715	1 499	68	2 146

1) nach dem Gebietsstand vom 31. März 1975

2) einschließlich Kombinationskraftwagen

3) Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten; ohne Bauindustrie und ohne öffentliche Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke

4) ohne Umsatz in Handelsware, ohne Erlöse aus Nebengeschäften und ohne Umsatzsteuer

5) einschließlich der innerhalb von 30 Tagen an den Unfallfolgen verstorbenen Personen

Anmerkung: Eine ausführliche Tabelle mit 131 Kreiszahlen, die von allen Statistischen Landesämtern gebracht werden, erscheint in Heft 5 und 11

# Zahlen für die Bundesländer

Land	Bevölkerung am 31. März 1975			Offene Stellen am 30. 6. 1975  in 1 000	Kuhmilcherzeugung im Juni 1975			*Viehbestände		
	in 1 000	Veränderung gegenüber			1 000 t	darunter an Meiereien geliefert  in %	kg je Kuh und Tag	Schweine insgesamt am 3. 3. 1975	Rindvieh am 31. 12. 1974	
		VZ 1961	31. 3. 1974						insgesamt	Milchkühe (einschl. Zugkühe)
		in %								
Schleswig-Holstein	2 583	+ 11,5	+ 0,1	12	225	93,9	15,2	1 621	1 507	495
Hamburg	1 730	- 5,6	- 1,0	12	1	96,4	12,2	13	17	4
Niedersachsen	7 258	+ 9,3	- 0,0	27	470	92,2	15,6	6 078	2 937	1 008
Bremen	723	+ 2,4	- 0,7	5	2	88,5	13,8	7	17	5
Nordrhein-Westfalen	17 199	+ 8,1	- 0,2	75	276	96,6	13,9	4 436	1 913	663
Hessen	5 571	+ 15,7	- 0,3	26	119	89,4	12,4	1 450	902	320
Rheinland-Pfalz	3 683	+ 7,8	- 0,4	13	86	88,0	11,8	710	684	242
Baden-Württemberg	9 215	+ 18,8	- 0,3	41	221	81,5	10,5	2 123	1 822	696
Bayern	10 839	+ 13,9	- 0,1	39	624	88,7	10,8	4 500	4 546	1 930
Saarland	1 102	+ 2,7	- 0,8	3	10	83,5	12,5	64	75	27
Berlin (West)	2 014	- 8,4	- 1,3	11	0	24,1	15,5	9	1	1
Bundesgebiet	61 916	+ 10,2	- 0,3	263	2 036	90,3	12,6	21 012	14 420	5 390

Land	Industrie <sup>1)</sup>				Bauhauptgewerbe		Wohnungswesen im April 1975			
	Beschäftigte am 30. 4. 1975  in 1 000	Umsatz <sup>2)</sup> im April 1975		Produktions- index 3) 1962=100 im April 1975	Beschäftigte am 30. April 1975		zum Bau genehmigte Wohnungen		fertiggestellte Wohnungen	
		Mill. DM	Auslands- umsatz in %		in 1 000	je 1 000 Einwohner	Anzahl	je 10 000 Einwohner	Anzahl	je 10 000 Einwohner
Schleswig-Holstein	177	1 696	21	187	49	19	1 526	5,9	784	3,0
Hamburg	178	2 117	16	.	31	18	479	2,8	449	2,6
Niedersachsen	701	6 235	22	146	141	19	3 337	4,6	2 363	3,3
Bremen	98	1 049	21	.	15	21	290	4,0	101	1,4
Nordrhein-Westfalen	2 374	21 012	24	.	309	18	6 073	3,5	4 371	2,5
Hessen	664	4 729	25	.	107	19	2 975	5,3	530	1,0
Rheinland-Pfalz	377	3 683	31	.	70	19	1 715	4,7	955	2,6
Baden-Württemberg	1 452	10 577	24	168	189	20	6 161	6,7	4 075	4,4
Bayern	1 293	9 245	23	.	221	20	6 151	5,7	3 534	3,3
Saarland	158	1 202	33	.	17	15	457	4,1	290	2,6
Berlin (West)	208	1 534	13	.	34	17	1 153	5,7	705	3,5
Bundesgebiet	7 681	63 079	24	.	1 182	19	30 317	4,9	18 157	2,9

Land	*Kfz-Bestand <sup>4)</sup> am 1. Januar 1975			Straßenverkehrsunfälle <sup>6)</sup> mit Personenschaden im Mai 1975				Bestand an Spar- einlagen am 31. 5. 1975  in DM je Einwohner	Steuereinnahmen					
	ins- gesamt  in 1 000	Pkw <sup>5)</sup>		Unfälle	Getötete	Verletzte	Verun- glückte je 100 Unfälle		des Landes	des Bundes	der Gemeinden			
		Anzahl	je 1 000 Einwohner									im 1. Vierteljahr 1975		
		in DM je Einwohner												
Schleswig-Holstein	852	719	278	1 401	42	1 859	136	3 654	293	285	...			
Hamburg	524	476	274	932	25	1 193	131	6 742	463	1 857	...			
Niedersachsen	2 431	2 033	280	3 442	164	4 673	141	4 449	288	291	...			
Bremen	215	193	267	419	5	443	107	5 098	366	1 100	...			
Nordrhein-Westfalen	5 262	4 684	272	7 641	212	10 219	137	5 171	326	449	...			
Hessen	1 933	1 661	298	2 831	116	3 902	142	5 700	342	454	...			
Rheinland-Pfalz	1 274	1 048	284	1 836	93	2 622	148	4 867	286	327	...			
Baden-Württemberg	3 194	2 692	292	4 496	194	6 418	147	5 339	352	441	...			
Bayern	3 809	3 044	281	5 205	304	7 458	149	5 559	293	332	...			
Saarland	340	302	274	556	27	783	146	4 410	293	331	...			
Berlin (West)	514	465	230	1 242	21	1 622	132	4 735	273	608	...			
Bundesgebiet	20 347 <sup>a</sup>	17 317 <sup>a</sup>	279	30 001	1 203	41 192	141	5 161	319	428	...			

\*) An dieser Stelle erscheinen abwechselnd Angaben über Viehbestände, Getreide- und Kartoffelernte, Kfz-Bestand und Bruttoinlandsprodukt

- 1) Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten; ohne Bauindustrie und ohne öffentliche Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke
- 2) ohne Umsatz in Handelsware, ohne Erlöse aus Nebengeschäften und ohne Umsatzsteuer
- 3) von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt
- 4) ohne Bundespost und Bundesbahn
- 5) einschließlich Kombinationskraftwagen
- 6) Schleswig-Holstein endgültige, übrige Länder vorläufige Zahlen
- 7) ohne Postspareinlagen

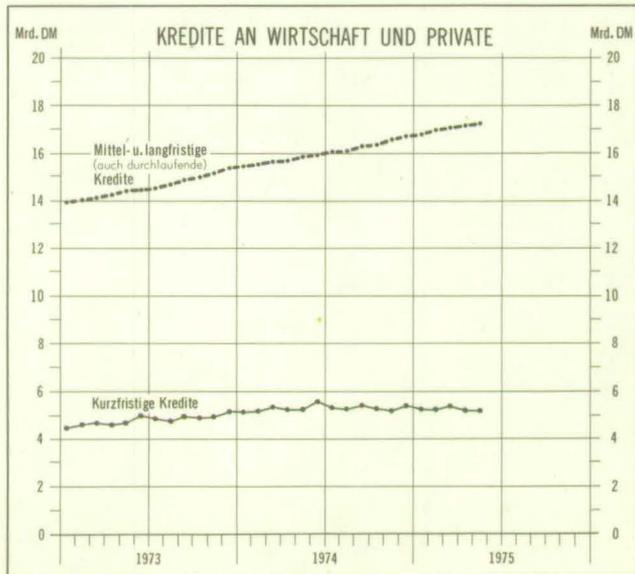
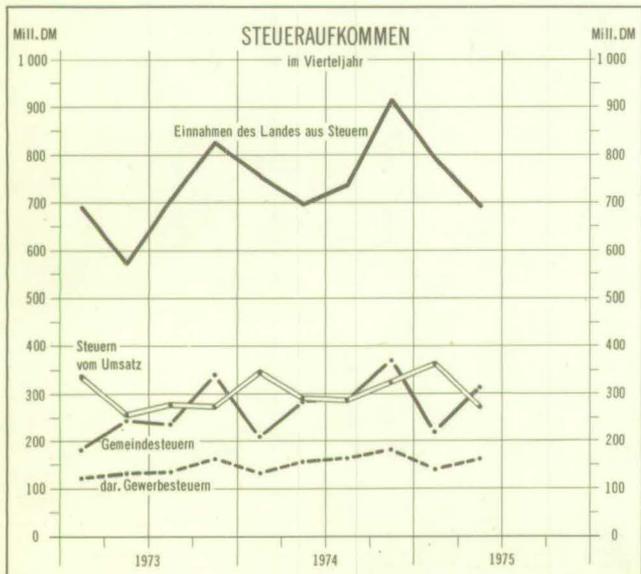
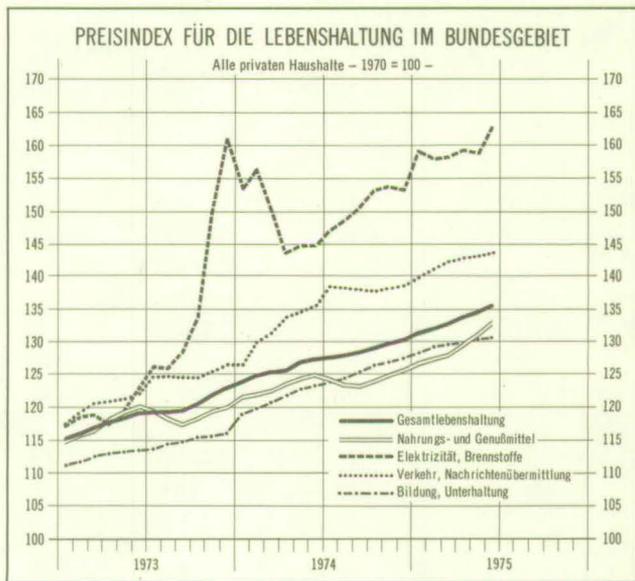
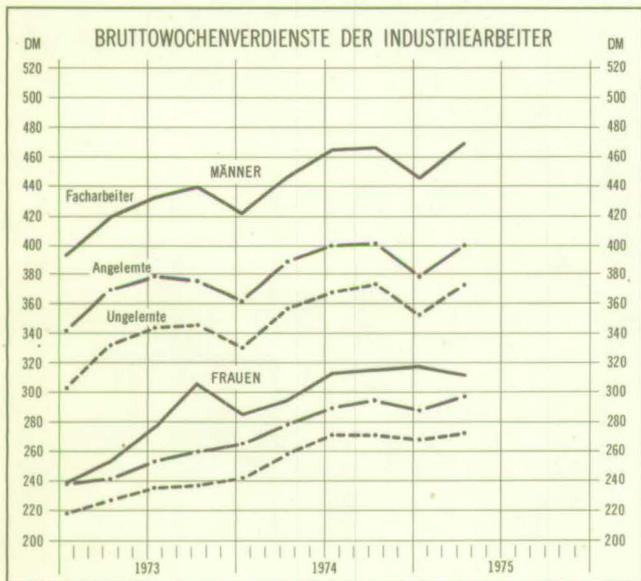
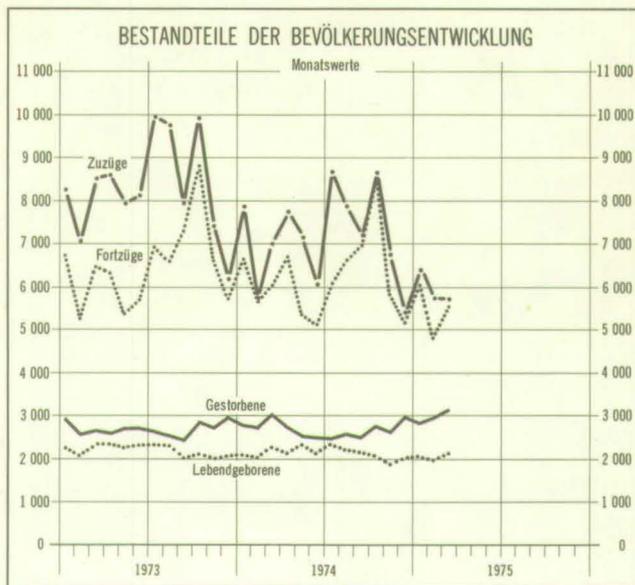
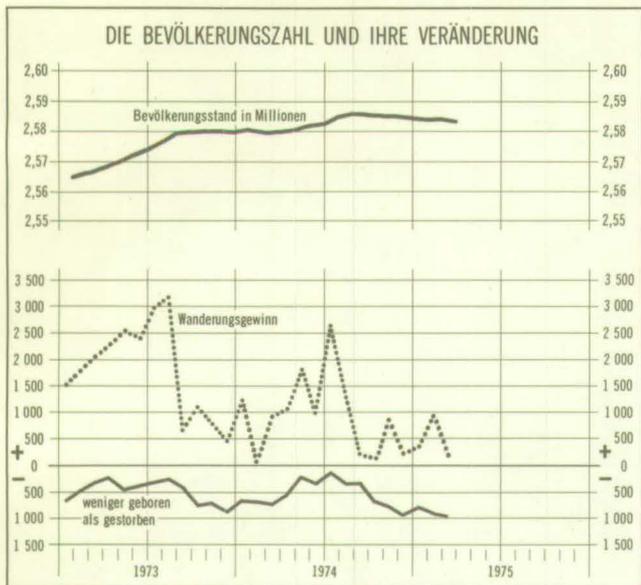
a) Länder ohne, Bundesgebiet einschließlich Bundespost und Bundesbahn

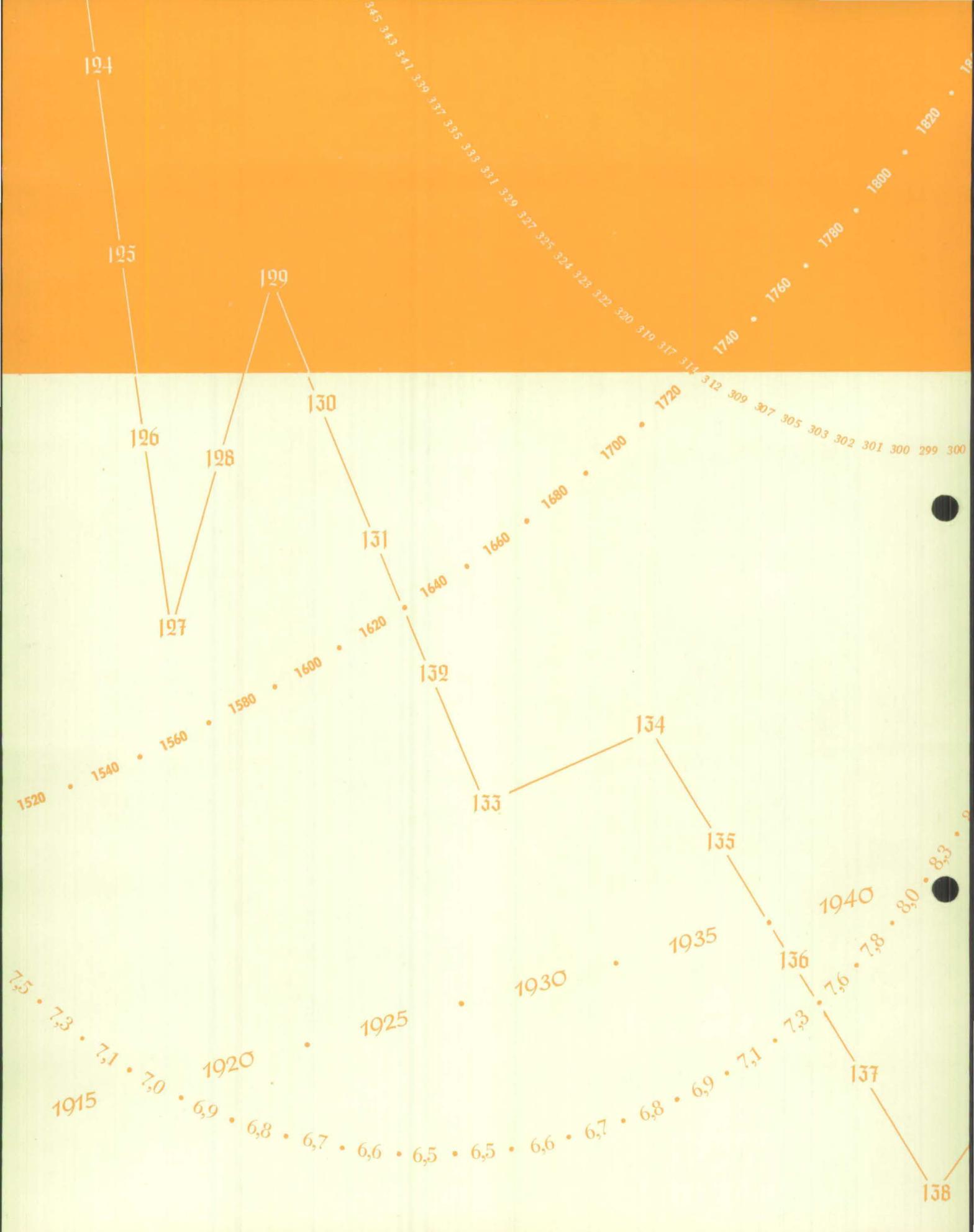
# Inhalt der bisher erschienenen Hefte des laufenden Jahrgangs

	Heft/Seite
<b>Gebiet und Bevölkerung</b>	
Eheschließungen und -lösungen . . . . .	4/75
Mehrlingsgeburten . . . . .	3/50
<b>Bildung und Kultur</b>	
Altersstruktur der Studenten . . . . .	1/2
Ausländische Studenten . . . . .	3/53
Studenten in einem 2. Studium . . . . .	7/162
<b>Wahlen</b>	
Landtagswahl	
(Teil 1: Landes- und Wahlkreisergebnisse) . . . . .	6/130
(Teil 2: Regionale Ergebnisse) . . . . .	7/156
(Teil 3: Wahlverhalten nach Alter und Geschlecht) . . . . .	8/174
<b>Erwerbstätigkeit</b>	
Erwerbstätige und Beruf (Teil 1) . . . . .	6/126
Erwerbstätige und Beruf (Teil 2) . . . . .	8/179
<b>Land- und Forstwirtschaft, Fischerei</b>	
Ausbildung und Buchführung . . . . .	8/192
Milcherzeugung . . . . .	8/188
90 Jahre Raiffeisen . . . . .	2/27
<b>Industrie und Handwerk, Energiewirtschaft</b>	
Aktuelles aus der Industrie . . . . .	7/170
Ausländer in der Industrie . . . . .	6/146
Auszubildende Industrie . . . . .	7/166
Handwerk 1974 . . . . .	6/144
Industrie-Investitionen 1973 . . . . .	1/11
Umweltschutz-Investitionen . . . . .	7/168
Verarbeitende Industrie 1974 . . . . .	1/8
<b>Bauwirtschaft, Gebäude und Wohnungen</b>	
Baugewerbe am Wendepunkt? . . . . .	2/32
Die nächste Wohnungszählung . . . . .	1/16
Investitionen im Baugewerbe . . . . .	1/13
<b>Handel und Gastgewerbe</b>	
Apotheken . . . . .	7/150
Umsatzentwicklung im Gastgewerbe . . . . .	2/46
Zur Statistik im Einzelhandel . . . . .	4/83
<b>Öffentliche Sozialleistungen</b>	
Krankenversicherung . . . . .	3/71
<b>Öffentliche Finanzen</b>	
Bilanzstruktur 1969 . . . . .	6/139
Körperschaftsteuer 1971 . . . . .	2/39

# SCHLESWIG-HOLSTEINISCHE WIRTSCHAFTSKURVEN · A

Die "Wirtschaftskurven" A und B erscheinen im monatlichen Wechsel mit unterschiedlichem Inhalt. Teil B enthält folgende Darstellungen aus der Industrie: Produktionsindex und Beschäftigte im Maschinenbau, Schiffbau, Bauhauptgewerbe und Nahrungs- und Genußmittelindustrie.





Herausgeber: Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein, 23 Kiel 1, Postfach 11 41; Mühlenweg 166; Fernruf (04 31) 4 07 11

Schriftleitung: Arnold Heinemann unter ständiger Mitarbeit von Lieselotte Korscheya

Druck: Schmidt & Klaunig, Kiel, Ringstraße 19/21 — Auflage: 750

Bezugspreis: Einzelheft 2,50 DM, Jahresbezug 25,— DM

— Nachdruck, auch auszugsweise, ist gern gestattet, wenn die Quelle genannt wird —

Postbezugspreis entfällt, da nur Verlagsstücke; Bezugsgebühr wird vom Verlag eingezogen